

Arbeiterstimme

Einzelnnummer 10 Pfennig
Zwei Gesamtbeilagen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abonnement monatlich mit Post 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne
Zuschlag für den Vertrieb) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-1 / Geschäftsstelle u. Expedition:
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile einschließlich an den dreifünftigen Teil einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-1, Güterbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Preise besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 2. Februar 1928 Nummer 28

Neudeutscher Imperialismus

Abrüstungsreden und Kriegsrüstungen

Rede des Genossen Stoeder zum Ausscheiden im Reichstag

Jam Eilat des Auswärtigen Amtes spricht für die kommunistische Fraktion

Genosse Stoeder:

Seitdem wir die Einheitsfront von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten haben, sind außenpolitische Debatten im Reichstag unbeliebt. Die Rede des Abgeordneten Freitag-Matthieson ist aus wahltechnischen Gründen von Zentrum und Deutschnationalen mit förmlicher Liebe an den Bräutigam des Herrn Stresemann (Stürmische Kritiker!) Stresemann hat erkannt, daß die Politik des neudeutschen Imperialismus nur mit imperialistischen Phrasen gemacht werden kann.

Die Besprechungen vom Vordars bis zur Kreuzzeitung nach der Rede Stresemanns zeigten deutlich die wirkliche Einstellung von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten. Die öffentliche Stellung des Außenamtes ist kennzeichnend für die Politik des neudeutschen Imperialismus. Der Außenminister ist heute um das dreifache höher als in der Vorkriegszeit. Auch in diesem Jahre ist der Außenminister wieder um 2 Millionen höher als im Vorjahre. Besonders kennzeichnend sind die richtigen Schätzungen, die an die Beamten des Außenamtes gemacht werden. Vorfristigere wurde ist Breitenstein auf die Geheimfonds nicht eingegangen, die eine immer größere Rolle im Etat spielen. Des kaiserliche Deutschland kam mit einem Geheimfonds von 1 Million Mark, jetzt beträgt er 22 Millionen Mark. Das sind Ausgaben für Spionage, Propaganda und ähnliche dunkle Zwecke.

Jetzt hat sich bemerkt, was die Kommunisten feinerzeit von Demos und Thoren gesagt haben. Wo ist die Weltwende, die damals von Stämpfer im Vorwärts prophezeit wurde? Das Schicksal der imperialistischen Mächte gegeneinander ist heute viel trübsamer als damals. Das damals so stolze angekündigte Erbe der Räumung des Rheinlandes ist bis heute ausgeblieben. Der französische Imperialismus denkt nicht an eine Räumung des Rheinlandes. Sowohl die französischen Nationalisten wie die Radikalen und die Sozialisten denken nicht an eine Räumung des Rheinlandes ohne neue große Angelegenheiten Deutschlands. Die Reden Boncourts, des Führers der französischen Sozialisten, sind absolut eindeutig in dieser Richtung. Boncourts ist der Vorführer sowohl des französischen Imperialismus als der französischen Sozialistischen Partei. Die deutsche Sozialdemokratie ist wegen der Luxemburger Rede Boncourts in einen inneren Konflikt mit der französischen Sozialistischen Partei eingetreten. Dieser Konflikt ist genau so ergebnislos gewesen, wie der Streit zwischen Stresemann und Briand.

Die einzige Partei in Frankreich, die für die Räumung des Rheinlandes und für die Zerrückung des Verfallenen Vertrags kämpft, ist die kommunistische Partei Frankreichs!

Stresemann hat hier von der Abrüstung gesprochen, genau so wie die Militaristen aller Länder davon sprechen. In Wirklichkeit geht in allen Ländern die Aufrüstung weiter. Nach der letzten Statistik wurden im letzten Jahre allein 15 Milliarden Mark für weitere Aufrüstung ausgegeben, in Europa allein 10 Milliarden. Das sind nur die offen im Etat erscheinenden Ausgaben, dazu kommen riesige Beträge, die verschleiert sind.

Genossen der allgemeinen Aufrüstung aller imperialistischen Staaten ist es allein die Sowjetregierung, die ernsthaft die Abrüstung des Friedens will und dafür arbeitet. Sowjetrußland hat als einziges Land auf der Abrüstungskonferenz ernste Vorschläge gemacht. Breitenstein hat hier gesagt, es genüge nicht, solche Abrüstungsvorschläge vorzulegen. Das kommt, man muß sie auch annehmen und durchführen.

Auch Stresemann will nur deshalb so laut nach der Abrüstung rufen, um damit die Möglichkeit zur eigenen Aufrüstung zu bekommen. Der Fraktionsführer Stresemanns, Weinbaben, verlangte gestern etwas anderes, er verlangte militärische Gleichberechtigung, das heißt, da die anderen nicht abzurüsten, auch wir nicht abzurüsten.

Der Vorschlag der Sowjetregierung in Genf und seine Aufhebung durch die imperialistischen Staaten hat der Arbeiterklasse aller Länder die Augen geöffnet über den Abrüstungswindel des imperialistischen Großmachts. Die Sowjetregierung hat ja den Weg der Abrüstung, als ob die imperialistischen Mächte wirklich abzurüsten wollen und könnten. Aber sie wird ihre Politik weiterhin, um die imperialistischen Staaten zu zwingen, den Charakter ihrer Politik vor den Völkern zu enthüllen.

Die Waffentransporte von Italien nach Ungarn erfolgten im Einverständnis mit England und nachdem man ursprünglich nur nach dem Eingreifen des Völkerbundes gerufen hatte, ist es möglich ganz still geworden. Auch die deutsche Regierung hat keinen Einspruch erhoben. Stresemann rechnet wohl damit, daß England auch gegenüber geheimen Aufrüstungen Deutschlands ein Auge zudrücken wird. Im Interesse seiner Kriegspläne gegen Rußland wird es solche Aufrüstungen unterstützen. Ebenso hat die italienische Presse die Tatsache umfangreicher Waffentransporte von Frankreich nach Jugoslawien mitgeteilt.

In der Phase der Abrüstung kommt die der Schiedsgerichtsbarkeit. Die Kommission, die eingesetzt wurde, müßte man nennen: Sicherheitskommission gegen die Abrüstung. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Die Sozialdemokraten gehen sich wieder dazu her, der Welt vorzutäuschen, als ob der Friede wirklich durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Genau so wie früher werden im Konfliktfall alle papierernen Verträge achlos zerfallen und weggerissen werden. Aber nicht einmal diese papierernen Schiedsgerichtsverträge werden von den imperialistischen Staaten abgeschlossen. Stresemann hat in allen Fällen abgelehnt, für politische Fragen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit anzuerkennen. Auch hierin gehen die Sozialdemokraten Arm in Arm mit Stresemann.

Wir sehen, daß Europa mit Schiedsgerichtsverträgen besetzt ist. In Wirklichkeit sind es Kriegsbündnisse, Kriegspakte, die bei dem nächsten Kriegsausbruch ganz Europa automatisch hineinziehen. Sowohl der französisch-jugoslawische wie der italienisch-albanische Vertrag sind typische Kriegspakte. Die imperialistischen Gegenstände haben sich fast überall verhärtet. Die Spannung zwischen Amerika und England, das Vorgehen des Dollar-Imperialismus in Nicaragua, die Spannung zwischen Frankreich und Italien, Polen und Litauen — um nur die wichtigsten zu nennen, zeigen dies deutlich.

Der deutsche Imperialismus baut an der Wiederherstellung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Macht, und die Sozialdemokraten unterstützen diese neudeutsche Kriegspolitik.

Der britische Interventionismus gegen die chinesische Revolution wird fortgeführt. Auch die deutsche Vorkriegszeit verlor die chinesische Kontinentalrevolution andauernd mit Wachen, und nach den Erklärungen Wus, des Außenministers der Peking-Regierung, haben die nordchinesischen Generale für 20 Millionen Mark Aufträge an deutsche Waffenzulieferanten gegeben. Der im Kiel aufgefundene Waffentransport von 17 Waggons gehörte zu diesen Lieferungen.

Wir Kommunisten fordern die Transportarbeiter, Eisenbahner und Seelente auf, mit allen Mitteln derartige Waffenzulieferungen zu verhindern. (Sehr richtig! h. d. Komm.) Der britische Imperialismus führt seine Kriegspläne gegen Sowjetrußland fort. Wenn er dabei auch auf gewisse Hindernisse gestoßen ist, so arbeitet er mit aller Zähigkeit weiter an der Herstellung des Kriegsblochs gegen Rußland. Wir sind uns klar, daß auch die deutsche Bourgeoisie bei diesen Kämpfen gegen Sowjetrußland an der Seite der Westmächte stehen wird. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Graf von Westarp hat vor einigen Monaten England ausdrücklich die deutsche Waffenhilfe gegen Rußland an. Der Stahlhelm arbeitet im gleichen Sinne, und die Sozialdemokraten werden dann die notwendige moralische Begeisterung liefern.

Severings Rede war das innenpolitische Angebot der Sozialdemokraten zur großen Koalition. Breitensteins Rede auf Außenpolitik. Stresemann weiß, daß er der Unterstützung der Sozialdemokratie für seine neudeutsche imperialistische Politik sicher ist.

Demgegenüber sammeln und mobilisieren wir Kommunisten die Arbeitermassen zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsfahrt, zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution. Wir mobilisieren sie zum einzigen wirklichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg zum Sturz der Bourgeoisie und Errichtung der Klassenherrschaft, der Diktatur des Proletariats. (Starker Beifall h. d. Komm.)

Gracie (HLL) fordert die Deutschnationalen auf, den geraden Weg zu gehen und die Koalition zerplatzen zu lassen.

Urbahts (L. Komm.): Was die Sowjetdelegation in Genf zu sagen hatte, war nur eine radikale Abtönung dessen, was die Sozialdemokraten sagen. Wenn irgendeine imperia-

Die Kampffront steht geschlossen

Solidaritätsaktion der Arbeiter / Industrielle unterstützen sich

Halle, 1. Januar 1928

Auch heute sind aus den betroffenen Betrieben keinerlei Veränderungen zu melden. Aufstrebende Gerüchte, nach denen Streikbrecher in Betriebe hineingegangen sein sollen, wurden von uns an Ort und Stelle nachgeprüft und festgestellt, daß diese mit sehr durchsichtiger tendenziöser Absicht in die Welt gesetzt worden sind und in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Dasselbe wird uns auch von der Streikleitung bestätigt.

Die Zuversicht der Streikenden auf einen guten Erfolg und ein erfolgreiches Ende dieses großen Machtkampfes zwischen Kapital und Arbeit wird wesentlich gestärkt durch die mit voller Kraft einsetzenden Solidaritätsaktionen und die zahlreichen Sympathieerklärungen der übrigen Arbeiterschaft.

In Halle wurde gestern im großen Volkspark die erste Lebensmittellieferung der IAS an die Streikenden vorgenommen.

Die Mitgliederversammlung der Kunststein- und Terrazzo-Arbeiter in Halle hat eine Resolution angenommen, in der den im Kampfe stehenden Metallarbeitern die volle Sympathie ausgesprochen wird. Es wurde beschlossen, pro Woche einen Stundenlohn an die IAS abzuführen. Die erste Rate ist bereits abgegeben. Ferner wurde von allen Kollegen das schändliche Verhalten der SPD-Führer gegenüber der Solidaritätsaktion der IAS auf das Schärfste verurteilt.

Die Arbeiter bezogen eine starke Solidarität. Die Reformisten jedoch unternehmen alles, um den Streik abzumildern, jede Ausbreitung zu verhindern. So hat der Deutsche Metallarbeiterverband abgelehnt, den Konflikt für das Nordharzgebiet zu kündigen. In einer am Sonnabend in Halberstadt stattgefundenen Mitgliederversammlung des DMB werden sich die SPD-Mitglieder gegen eine Ausdehnung des Streiks.

Während so die reformistischen Führer die Bewegung hemmen und zersplittern, rufen die Industriellen zur gemeinsamen Unterstützung der mitteldeutschen Schachsmacher.

Die Vorstände und Ausschüsse des Verbandes der Metallindustriellen für Braunschweig und Hannover sind gestern ebenfalls zusammengetreten, um über Maßnahmen zum Schutze der mitteldeutschen Metallindustrie im Bezirk Halle-Magdeburg-Berlin zu beraten. Ferner bestätigt es sich, daß zwischen den mitteldeutschen und den rheinisch-westfälischen Metallindustriellen ein Vertrag abgeschlossen worden ist, der die finanzielle Unterstützung der von Streik und Ausbreitung betroffenen mitteldeutschen Werke aus dem Kampffonds der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht.

Den mitteldeutschen Metallindustriellen muß das Wasser bis an den Hals stehen, wenn sie sich so eifrig an allen Ecken und Enden ihres lieben Vaterlandes nach Schutz und Hilfe umsehen. Auch in Hannover und Braunschweig wird man eine Sympathieerklärung loslassen und finanzielle Hilfe versprechen. Hiermit scheidet es um die Sache der Arbeiter einfach glänzend zu stehen. Aber es würde noch viel besser, wenn nicht die unheimliche reformistische Niederlagenstrategie, sondern die revolutionäre Streikstrategie endlich angewandt würde.

Schwierige Lage der Metallindustrie

Die Junkerwerke geben bekannt: „Im Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik sind auch die Junkerflugzeugwerke stillgelegt worden. Man kann jedoch an-

nehmen, daß der Streik keine lange Dauer haben wird. Durch die bedeutenden Ersparnisse in Dessau und die auswärtigen Lager ist jedenfalls gewährleistet, daß der technische Bedarf für die in Deutschland und im Ausland verwendeten Junkerflugzeuge auch während des Streikes gedeckt werden kann. So daß die Betriebssicherheit auf den Luftstreifen keine Beeinträchtigung erfährt.“

Streik bei Anton Reiche und im Unionwerk

Die graphischen Hilfsarbeiter bei Anton Reiche und im Unionwerk haben heute die Arbeit niedergelegt.

Die graphischen Hilfsarbeiter kämpfen um die Wiederherstellung ihrer alten Rechte. Bis zum Mai vorigen Jahres wurden diese Arbeiter nach dem Tarife der graphischen Hilfsarbeiter bezahlt. Dieser Tarif sah Wochenlohn, damit Bezahlung der Feiertage und eine günstigere Regelung der Ferien vor. Nach langen Verhandlungen und einem damals schon durchgeführten Streik wurden diese Arbeiter aus dem graphischen Hilfsarbeitertarif herausgenommen und dem Manteltarif der Metallarbeiter angegliedert. Nach diesem Tarif erhalten die Arbeiter jetzt Stundenlohn. Die Ferien wurden einem Teil der Arbeiter verkürzt. Gegen diese Regelung führen die Arbeiter den Kampf. Mit dem 31. Januar war der Tarif abgelaufen. Die Forderung der Arbeiter, wieder dem graphischen Hilfsarbeitertarif angegliedert zu werden, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der Schlichter entschied gegen die Arbeiter.

Daraufhin haben die Arbeiter von Anton Reiche in einer Versammlung zu der Lage Stellung genommen und mit 83 Stimmen den Streik beschlossen. 3 Stimmen nur waren für die Fortsetzung der Arbeit. 3 Arbeiter enthielten sich der Stimme. Auch die Arbeiter der Union haben den Streik beschlossen. Die Arbeitsniederlegung ist fast geschlossen erfolgt. Es arbeiten nur 4 Streikbrecher, die mit ihrem Verräterwerk jedoch den Betrieb nicht aufrechtzuerhalten vermögen.

Die Unternehmer drohten, gegen den Verband vorzugehen. Die Verbandsleitung hat erklärt, daß sie auf Grund des Schlichtungsbeschlusses nicht in der Lage sei, den Streik zu führen. Die Arbeiter sind aus dem Verbande ausgetreten. Da die Arbeiter nicht einen wilden Streik führen wollen, haben sie ihr Arbeitsverhältnis gekündigt.

Als die Unternehmer gehört haben, daß die Arbeiter den Verband verlassen haben, erklärten sie, daß jetzt wohl die Internationale Arbeiterhilfe hinter der Bewegung steht, und daß sie die Unterstützung derselben gerichtlich verhindern wollen.

Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, diesen Kampf zu unterstützen. Halte Streikbrecher dem Petrolee fern. Insbesondere appellieren wir an das Druckerpersonal, sich nicht zur Mitarbeit an Streikbrecherarbeit herzugeben.

Kündigung in der rheinischen Montanindustrie

Bochum, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kündigung des Gehaltsabkommens der Angestellten in der Montanindustrie für den 31. März steht fest. Die Angestellten hatten eine zwischentarifliche Regelung der Gehälter beantragt. Die Montanindustrie hat das jedoch abgelehnt.

Einigkeit im Bürgerblock

Der Vorwärts legt seine Mandate fort

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rede Stresemanns zur außenpolitischen Debatte im Reichstag war eine verhärtete Proklamierung der Politik des neudeutschen Imperialismus, wie sie durchaus auch im Interesse der deutschnationalen Rechten, Stresemann bemühte sich unverkennbar in seiner Rede, die deutschnationalen Koalitionstreue nicht vor den Kopf zu stoßen, oder gar zur Sprengung der Bürgerblockkoalition beizutragen. Die heutige Morgenpresse des Bürgerblocks und der sozialdemokratischen „Oppositionspartei“ bemüht sich natürlich, die Rede Stresemanns als eine Abfuhr der deutschnationalen und als einen Erfolg für die Opposition hinzustellen. Der Vorwärts jubelt darüber folgendermaßen:

Der Minister Brauns und die beiden Oppositionellen Wirth und Breitscheid kämpften nicht gegeneinander. Alle drei marschieren in einer gleichgerichteten Front auf, und diese allgemeine Front richtet sich gegen die größte Regierungspartei, gegen die deutschnationalen.

Auf diese Ausführungen bekommt der Vorwärts prompt eine stachelnde Ohrfeige von dem Organ Stresemanns, der Täglichen Rundschau, die heute zu der gestrigen Rede Stresemanns und zum Abschluß der außenpolitischen Debatte bemerkt:

„Man hat schwerlich voraussetzen können, wie die Aussprache enden wird. Denn tatsächlich besteht auf dem Gebiet der Außenpolitik weitreichende Übereinstimmung nicht nur innerhalb der Koalition, sondern auch im ganzen Reichstag. (Von Weizsäcker bis Breitscheid. Der Komman. Präsident.) Stresemann akzeptierte die Erklärung des deutschnationalen Redners als Beweis, daß die deutschnationalen der deutschen Außenpolitik ihre lokale Mitarbeit weiter zur Verfügung stellen. Es genügt, daß der deutschnationale Redner sich erneut auf den Boden der Regierungspolitik gestellt hat. Es ist nicht nur falsch, sondern auch unklar, wenn die Rundschau so tut, als habe der deutsche Reichsaussenminister eine Abfuhr an die deutschnationale Adresse gerichtet.“ (1)

Diese Ausführungen des Stresemannorgans zeigen mit aller Deutlichkeit, daß im Bürgerblock volle Einigkeit besteht. Die krampfhaften Veruche des Vorwärts und der SPD, immer wieder „Konflikte“ im Bürgerblock zu entdecken, wirken bald lächerlich. Die SPD treibt aber ihren Arbeiterbetrug, um die vom Kampf abzuhalten, mit aller Demagogie weiter.

Auch in der Frage des Reichsschulgesetzes gibt es keine solchen Differenzen, wie der Vorwärts glauben machen will.

Die deutschnationale Partei erklärt, daß zwischen der Fraktion der deutschnationalen Volkspartei, Graenicher Partei und des Zentrums von Guérard, eine Verständigung stattgefunden hat, in der von Guérard kein Bedauern über den von Herrn Wirth angebrachten Ton gegenüber dem deutschnationalen Redner zum Ausdruck brachte.

Darauf erklärte die Deutsche Volkspartei, daß sie den Vorstoß des Zentrumsabgeordneten Wirth als erschießend ansehe, nachdem ihr von führenden Stellen des Zentrums mitgeteilt worden sei, daß der vom Abgeordneten Wirth vorgebrachte Angriff den Absichten des Zentrums nicht entspreche.

Daß auch die Schulgesetzverhandlungen auf Kosten der Welttätigen in heller Ordnung sind, erläutert die gewöhnlich gutunterrichtete DZJ mit folgenden Worten:

Die interfraktionelle Fühlungnahme hinsichtlich der Weiterbehandlung des Schulgesetzes ist im Gange. Es wird uns

versichert, daß die Dinge in gutem Fluss sind. Eine offizielle Sitzung des interfraktionellen Ausschusses ist einwillen noch nicht vorgezogen.

Das Einlenken des Zentrums in der am Dienstag aufgetretenen außenpolitischen „Jubiläum“ wird in parlamentarischen Kreisen ebenfalls dahin gedeutet, daß — entgegen dem Bemühen einzelner kleinerer Kreise — an der Koalition und an dem Schulgesetz festgehalten werden soll.“

Schulgesetzkompromiß im Bürgerblock

Entscheidung des Schulausschusses von der Reichstagsauflösung

Die Zentrumskoalition hat ihre Forderungen über die Frage der Aufrechterhaltung oder Beilegung der Stimmensschulden erneut formuliert und Marx übergeben, damit er sie dann mit der Bürgerblockregierung und mit den Parteiführern der Bürgerblockparteien bespricht. Er wird also eifrig seitens des Zentrums und nicht minder seitens der Deutschen Volkspartei nach einer Kompromißlösung in der Schulgesetzfrage gesucht.

Der Berliner Lokalanzeiger schlägt noch einmal sämtliche Gerichte über irgendeine von den Sozialdemokraten und Demokraten monatlang der Öffentlichkeit vorgeschwindelte Reichstagsauflösung und Frühfahrtsauflösung vor. Er schreibt:

Die vertraulichen Gespräche zwischen den Regierungskolonnen in Sachen des Schulgesetzes können langsam in Gang. Die Verhandlungen dürften bis Sonnabend soweit gefördert sein, daß eine gemeinsame interfraktionelle Redaktion des strittigen Paragraphen 20 erfolgen könne. Andere betonen die Hartnäckigkeit der Volkspartei und rechnen mit der Möglichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen. Dann stünde immer noch in erster Linie die Frage, ob das Schulgesetz nicht einfach zurückgezogen wird, ohne daß es zu einer Sprengung der Koalition käme. Aber auch dann würde der Reichstag sehr möglicherweise nicht aufgelöst werden, es könnte z. B. ein Gesundheitsministerium gebildet werden.“

Die kommunistische Presse hat schon von jeher betont, daß die vom Lokalanzeiger geschilderten Möglichkeiten der Einlenkung des Zentrums nicht existieren. Wir halten auch heute nicht einmal das Scheitern des Schulgesetzes, geschweige denn eine Umbildung der Bürgerblockregierung für möglich. Der Schacher geht weiter und wird mit einem Kompromiß auf Kosten der wertvollen Bevölkerung enden.

Die heutige kommunistische Zeitung landiert gleichzeitig in Widersprüchen zwischen den beiden Parteivorständen Marx und Stresemann an und erklärt, daß diese beiden in gegenseitigem Interesse alles daran setzen werden, um eine gemeinsame Basis zu finden. Auf der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums sei deutlich aufgefallen, daß Marx zwar in der Sache prinzipiell entschieden zu sprechen vermute, daß die Form seiner Ausführungen aber durchaus nicht ultimativ gewesen sei und daß wahrscheinlich Marx mit Stresemann eine Kompromißformel finden werde, die dann von dem Reichsschulausschuß der Volkspartei, der am 12. Februar in Berlin zusammentritt, akzeptiert werden kann.

Stahlhelmaufmarsch in Berlin

Die Stahlhelmführer planen eine Ueberrumpfung der Arbeiter

Die Berliner Stahlhelmführer bereiten für nächsten Sonntag den 5. Februar in aller Eile eine Ueberrumpfung der Berliner Arbeiterschaft mit einem allgemeinen Aufmarsch des Stahlhelms vor. Von allen Bezirken in Großberlin werden am Sonntagmorgen die Stahlhelmer geschloffen nach dem Kriegervereinshaus marschieren, wo angeblich eine Generalversammlung des Stahlhelms stattfindet, in der wahrheitsgemäß der Stahlhelmführer Selbsterklärung wird. Vom Kriegervereinshaus erfolgt dann ein zentraler Aufmarsch nach dem Volkspark. Dieser Stahlhelmaufmarsch ist als ein Ueberrumpfungsmarsch angelegt worden, aber es besteht kein Zweifel, daß mit diesem Aufmarsch etwas anderes als lediglich ein Aufmarsch für den Stahlhelm beabsichtigt ist. Die fortgeschrittenen Ueberfälle von Stahlhelmen und Nationalsozialisten auf die Berliner Arbeiterschaft, die unermessliche Heere der Stahlhelmführer gegen die Arbeiter, insbesondere gegen die Kommunisten, die Unterstützung, die der Stahlhelm von der Bürgerblockregierung und den Polizeiorganen erfährt, lassen es den Stahlhelmführern für angebracht erscheinen, jetzt einen offenen Aufmarsch des Stahlhelms zu unternehmen.

Die Rote Fahne ruft die Werktätigen Groß-Berlins zur Stellungnahme in den Betrieben auf, um dem Stahlhelm am 5. Februar genau wie am 8. Mai vorigen Jahres zu beweisen, daß das Berliner Proletariat in einheitlicher Kampffront gegen die Schutztruppe und Streikbrechergarde des Traßkapitals sich zu verteidigen weiß.

Der internationale Korruptionsfumbel

Ein englischer Ministerialdirektor als Valutaschieber

Wie bekannt wird, ist gegen den Ministerialdirektor des auswärtigen Amtes George G. und veridische andere höhere Beamte eine Untersuchung wegen Valutaschieberien eingeleitet worden. Derselbe George hatte als verantwortlicher Ministerialdirektor im Jahre 1924 den berühmtesten Schneeweiß-Trieff, der von einem Anwalt der polnischen Botschaft in Berlin gefaßt wurde, der Macdonald-Regierung vermittelt, und es ging daraufhin eine scharfe Note an die Sowjetregierung ab, um die Treue des englischen Imperialismus zu beweisen.

Die Wirtschaftspartei für Landtagsauflösung

Die Wirtschaftspartei verbreitet eine Falschmeldung an die Presse, in der sie erklärt, daß es angeht, das Einlenken des Zentrums besser wäre, wenn die bürgerlichen Parteien sich auf Neuwahlen einstellen würden. Großen Wert darf man dieser Erklärung nicht beimessen; die bürgerlichen Parteien versuchen mit allen Mitteln sich zu halten.

Nur wer die Sehnsucht kennt...

Kaufmann in Südrussland

Das Schicksal der kapitalistischen und reformistischen Arbeiterrevolutionäre geht seit Jahren dahin, die Sowjetunion zu hassen. Immer wieder spekulieren sie dabei auf einen Zustand im Lande der Arbeiter und Bauern. Jetzt brachten die Zeitungen der Kapitalisten und ihrer reformistischen Helfer die erschreckliche Meldung von einem Zustand in Südrussland. Sogar die Hüten seien mit Wägen gepackt. Wirklich schrecklich. Dabei ist es doch gar nicht so heiß, daß man annehmen könnte, die Hitze habe sich bei dem Berichterstatter bemerkbar gemacht. Aber auch im tonterrevolutionären Gehen hat auch die Kälte scheinbar sonderbare Einwirkungen.

Die Sowjetregierung teilt mit, daß an der Meldung kein wahres Wort ist.

Ausland in Barcelona

Primo de Rivera beschlagnahmt die Streikleiter

Nach einer Meldung aus Barcelona umfaßt der ausgedehnte Streik 60.000 Arbeiter. Auch die Metallarbeiter und die Puchdrucker beteiligen sich. Der Diktator Primo de Rivera will sofort bei einem eventuellen Generalfreitag die Streikführer und die gesamten Gewerkschaften beschlagnahmen lassen. Seine Forderung verbindet jede Verhinderung von Ausreisen nach dem Ausland über den Streik.

istige Macht es wagen würde, Sowjetrußland anzugreifen, werden die linken Kommunisten ebenfalls alle Kräfte für die Verteidigung der Sowjetunion einlegen. Aber die imperialistischen Mächte werden es nicht mehr nötig haben, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen.

Stresemann wendet sich gegen die Schlußausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Freitag-Voringshausen. Es trifft nicht zu, daß die Verständigungspolitik in eine Sackgasse geführt hätte. Neue Wege habe der deutschnationale Redner nicht gezeigt. Deutschland habe in den verschiedensten Fragen im Völkerverbund mit den Vertretern der kleineren Staaten zusammengearbeitet und durch die obligatorische Schiedsgerichtspflichtung den übrigen Staaten ein Beispiel gegeben. Von einem neudeutschen Imperialismus könne nicht gesprochen werden. An die französische Adresse sei jetzt die Mahnung zu richten: Ran tut das eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. Der Gedanke der Verständigungspolitik habe seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht. Dieses wachsende Verständnis werde nicht erschüttert durch eine parlamentarische Entgleisung wie die vorgelegte. Der Vorwärts sollte diese Angelegenheit nicht allzu tragisch nehmen.

Breitscheid (SPD): Wir stimmen mit der Kritik Stresemanns an den gestrigen Verhandlungen im französischen Senat völlig überein. Breitscheid vertritt erneut, die Zweideutigkeit der Luxemburger Resolution der 2. Internationale durch großmüthige Redensarten hinwegzudeckeln.

Dr. Wirth (Z): Herr Minister Dr. Stresemann, wir begrüßen Sie als den Minister der Isolation der Opposition dieses Hauses. Wenn wir das heutige parlamentarische System betrachten, kommen wir zu jeder pessimistischen Schlussfolgerung. Wirth bezeichnet sich selbst als Redner der Opposition. Er nennt die Politik der deutschnationalen doppelte Falschführung. Auch die arabischen früheren Gegner Deutschlands seien heute bereit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Wirth schließt mit einem Appell an Stresemann, den Bruch der jetzigen Regierungskoalition herbeizuführen und die große Koalition zu schaffen.

Schnee (D. Vp.) kritisiert die englische Politik in den ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundrissen des Völkerverbundes für Mandatsmächte.

Stresemann erklärt dazu, die deutsche Regierung werde gegen eine Verletzung der Mandatsgrundzüge wenden. Damit schließt die Aussprache.

SPD-Vertrauen für Stresemann!

Ein kommunistischer Vertrauensantrag gegen den Außenminister wird gegen die kommunistischen und östlichen Stimmen abgelehnt. Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschluß-Einstimmungen angenommen. Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen die Eingänge gegen die Ausweisung der Kommunisten Florin und Berth und der Etat der besetzten Gebiete.

Kampf um den Achtstundentag

Erfolgreicher Streik der Arbeiter in Kattowitz

Gestern ist die gesamte Belegschaft der Bismarck- und Kelpahütte in einer Stärke von über 3000 Mann in einen stündigen Proteststreik getreten, weil die Wiedereinführung des Achtstundentages dem die Zulassung des Arbeitsinspektors noch nicht vorgenommen worden ist. Daraufhin begab sich der Arbeitsinspektor sofort nach Warchau, um zu veranlassen, daß bessere Arbeitssichten in die Wiedereinführung des Achtstundentages einbezogen werden.

Das Polizeibeamtengesetz vor dem Rechtsausschuß des Landtages

Der Rechtsausschuß nahm in seiner Sitzung vom 2. Februar Stellung zur Vorlage 29 über den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes. Als Berichterstatter für diese Vorlage ist nunmehr endgültig Genosse Siewert bestimmt. Die Bericht, einen anderen Berichterstatter durchzuführen, die entgegen den haren Bestimmungen der GD von den Rechtsparteien und im Weiteren auch von einem Teil der Sozialdemokraten zum Ausdruck gebracht wurde, mußte fallengelassen werden. Der Abgeordnete Siewert erklärte eingangs der Sitzung, daß er sich leider den vom Berichtenden Kenner bestimmten Berichterstatter gefallen lassen mußten.

Genosse Siewert als Berichterstatter schlug vor, zur Beilegung der Verabschiedung des Gesetzes auf eine grundsätzliche Aussprache zu verzichten und sofort in die Einzelberatung einzutreten. Der Ausschuß stimmte diesem Vorschlag zu. Zu der Vorlage selbst liegen Eingaben vor vom Verband Sächsischer Polizeibeamten, vom Verein Sächsischer Polizeioffiziere, vom Sächsischen Gemeindebeamtenbund und vom Sächsischen Gemeindevorstand. Der Berichterstatter verwies auf diese Eingaben und brachte zum Ausdruck, daß die Vorschläge des Verbandes Sächsischer Polizeibeamten in weitestem Maße berücksichtigt werden müssen.

Genosse Siewert führte aus, daß die Kommunisten ihren Standpunkt zur Vorlage bereits in der ersten Lesung bekannt gegeben haben, daß sie einige Ergänzungen bei der zweiten Lesung vornehmen werden, daß die Kommunisten in der ganzen Vorlage eine Verfestigung der Zentralgewalt der Regierung und zum Teil eine Verschärfung der Bestimmungen für die Polizeibeamtenschaft sehe. Also aus grundsätzlichen Erwägungen werden die Kommunisten gegen die Vorlage stimmen.

Zur Vorlage selbst liegen Anträge vor von der kommunistischen Fraktion, die vom Berichterstatter übernommen werden. In den Erganzungsanträgen der kommunistischen Fraktion werden die Vorschläge des Polizeibeamtensverbandes berücksichtigt. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bei den § 11 ebenfalls dazu entschlossen, die Abänderungsvorschläge des Polizeibeamtensverbandes zu übernehmen. Der Berichterstatter Dr. Wagner (Deutschn.) hat in seinen Anträgen die Wünsche der Regierungsparteien berücksichtigt und einige Vorschläge des Vereins Sächsischer Polizeioffiziere aufgenommen. Von den anderen Parteien liegen Abänderungsanträge nicht vor. Zu § 7 hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag gestellt:

Die Wahl der Offiziere erfolgt durch die Beamten. Die Offiziere sind nur aus dem Mannschafsstande zu entnehmen.

Gegen diesen Antrag wenden sich alle Fraktionen — einschließlich der Sozialdemokratie. Der Minister des Innern erklärt, daß er für die Ablehnung des Abänderungsantrages eintrete; auf die Frage des Berichterstatters heißt der Minister fest, daß für die Ernennung zum Offizier die Notwendigkeit nicht notwendig ist.

Der § 8, der die Kalernierung der Polizeibeamten fordert, wird vom Berichterstatter belämpft. Die Kommunisten verlangen Streichung des § 8, weil sie gegen die Kalernierung sind. Die Mehrheit des Ausschusses ist für die Beibehaltung des § 8 unter Streichung des Absatzes 2.

§ 9, der das Jolibat für die Polizeibeamten festsetzt, wird vom Berichterstatter belämpft. Die Kommunisten fordern die Streichung dieses Paragraphen, weil dieser Paragraph einen ungeheuren Eingriff in die Rechte jedes Staatsbürgers bedeutet. Trotzdem gibt die Mehrheit des Ausschusses zu erkennen, daß sie für die Beibehaltung des Jolibats eintritt.

Weber die §§ 10 und 11 die die Kündigungsbestimmungen und die frühe Entlassung behandeln gibt es eine längere Auseinandersetzung. Die Kommunisten treten für die Streichung des § 11 ein. Die Sozialdemokraten behalten sich ihre Stellungnahme vor.

Zu § 14 wird ein Antrag gestellt, der eine andere Regelung der Abfindungssumme festlegt.

Bei § 16 kommt es zu einer längeren Auseinandersetzung. Die Kommunisten treten, nachdem ihr grundsätzlicher Antrag der

Ablehnung verfaßt, für die Anforderungen des Polizeibeamtensverbandes ein. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt sich diesem Antrag an. Es ist schon jetzt zu erkennen, daß die Regierungsmehrheit die Vorschläge des Polizeibeamtensverbandes ablehnen wird. Von deutschnationaler Seite wird der Vorschlag gemacht, die Bestimmungen aus dem vorgeschlagenen Gesetz zu übernehmen. Der Minister hat Bedenken, weil die Finanzfrage nicht geregelt ist.

§ 17 der Vorlage legt ein Sonderrecht für die Offiziere fest. Nach der Vorlage können Offiziere schon mit Vollendung des 41. Lebensjahres aus dem Dienste entlassen werden. Die Kommunisten und die Sozialdemokraten treten für die Streichung dieses Paragraphen ein. Die Regierung begründet die Notwendigkeit dieses Paragraphen mit der Verlängerung des Polizeiförpers.

Aus dem Verlauf der Diskussion ist ersichtlich, daß die Regierungsvorlage mit geringfügigen Abänderungen angenommen wird.

Die Beratungen der Vorlage wurden bei § 18 abgebrochen. Der Rechtsausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Beratung der restlichen Paragraphen beschäftigen und in einer zweiten Lesung die Abstimmung über die Vorlage vornehmen.

Wie schon festgestellt, hat der Verlauf der Beratung ergeben, daß die Abänderungsvorschläge der Kommunisten abgelehnt, daß aber auch die Wünsche der Polizeibeamtenschaft keine Berücksichtigung finden werden. Insbesondere ist festzustellen, daß der § 16 der Vorlage keineswegs die Abänderung erfahren wird, die nach Ansicht des Verbandes Sächsischer Polizeibeamten notwendig ist, wenn die Vorlage die Zustimmung der Polizeibeamtenschaft finden soll. Wir sind der Ansicht, daß die Polizeibeamtenschaft jetzt alles in Bewegung setzen möchte, um die Parteien so zu beeinflussen, daß sie die minimalen Anforderungen des Verbandes berücksichtigen. Ob das geschehen wird, werden die nächsten Tage zeigen.



Produktion: „Ich habe den „Volks“... (Güttenindustrie): Streikunterstützung zahlen verboten!“

Sturmzeichen, die Reihen schließen!

Von Paul Mecher.

Täglich mehren sich die Ereignisse, die unumkehrbar bezeugen, daß der Kampfeswille der deutschen Arbeitermassen steigt. Die Bewegung der Hüttenarbeiter, in der es den Reformisten im Grunde mit dem Reichsarbeitsminister Braun wohl gelang, einen allgemeinen Streik der 300.000 Hüttenarbeiter zu verhindern, machte dadurch aber die Arbeitermassen, wie die zahlreichen Demonstrationen in den Hüttenbetrieben zeigen, um so rebellischer. Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf, wo — wie im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik und in anderen Bewegungen — die organisierten und unorganisierten Arbeiter in einer Front zusammenleben, trotz der besonders niederrückigen Haltung der Gewerkschaftsführer gegenüber denjenigen, die den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden haben, und der Beschluß der Ruhrbergarbeiter, das Lohn- und Arbeitsverhältnis abzukündigen, sind dafür die wichtigsten Beispiele.

Das geschieht in einer Zeit, wo in kurzer Frist zum 31. März die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für rund 4 1/2 Millionen Arbeiter ablaufen. Damit wird eine Situation geschaffen, die von hunderttausenden Arbeitern seit Jahren immer und immer wieder herbeigesehnt worden ist. Denn der gleichzeitige Ablauf der Tarife zu einem Termin führt dazu, daß sich Millionen Arbeiter, darunter die der wichtigsten Industriezweige, in den nächsten Monaten einheitlich und zu gleicher Zeit mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, mit ihrer Lebenslage befassen, Forderungen an die Unternehmer stellen und sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre bewußt werden, daß diese nur durch Kampf durchgesetzt werden können.

Die Unternehmer haben den Ernst der Situation voll erkannt. Das zeigen ihre Maßnahmen. Vor Monaten grübelten sie bereits den Streikabwehrfonds. In der Hüttenarbeiterbewegung gingen sie zur Offensive über, die sie, wie die Ausbreitung der Metallarbeiterbewegung, mit ihrer Lebenslage befassen, Forderungen an die Unternehmer stellen und sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre bewußt werden, daß diese nur durch Kampf durchgesetzt werden können.

Wir leben an einer ganz furchtbaren Lohnpolitik. Die Schäden der Zwangsbeschäftigung der Löhne sind bekannt. Wir können nur immer wieder verlangen, daß sie, soweit die Regierung in Frage kommt, bald beseitigt werden, daß die Regierung nur dann eingreift, wenn lebenswichtige Belange auf dem Spiele stehen. Wir sind aber auch ohnedies mit unserer Lohnpolitik auf einem ganz furchtbaren Wege. Es wird stark am Tarif festgehalten, auch in Zeiten abgehender Konjunktur. Früher verhandelte man in solchen Zeiten über Lohnherabsetzungen, verbilligte die Erzeugung und hob den Bedarf. Verbilligung der nationalen Produktion muß unser Ziel sein.

Die Kämpfe werden darum außerordentlich heftige und hartnäckige werden, vorausgesetzt, daß es den reformistischen Führern nicht gelingt, sie von vornherein abzuwehren.

Wäre in dieser Situation die Leitung der Gewerkschaften in den Händen der Opposition, so würde dies bedeuten: freie Bahn zu einem entscheidenden Schlag gegen die Lohnbourgeoisie, gegen den Bürgerblock. Denn die Strategie der Opposition ist die Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse zum Massenstreik auf breiter Front gegen die herrschende Kapitalistenbande und ihre Helfershelfer bis zu ihrer Vernichtung.

Die Bourgeoisie wird in der Gegenwart am schwersten getroffen durch die Erziehung der Verküpfung der Arbeitseigenen, der Erhöhung der Löhne, durch die Verminderung der gegenwärtigen Konsumtion unter den Arbeitern, durch die Vergrößerung der Rechte der Arbeiter im allgemeinen und in erster Linie im Betrieb.

Wenn Millionen in einheitlicher Front mit einheitlichem Ziel gemeinsam in den Kampf treten, dann ist die Durchbrechung dieser Forderungen weitgehend gesichert. Dann steht das Problem bloße Fragen, dann gilt es, die Bourgeoisie, die Trutzmacht als Klasse zu schlagen.

Erinnern wir uns an die Jahre 1918 bis 1923. Damals wurde die Bourgeoisie in ihren Angriffen auf die Arbeiterklasse wiederholt zurückgedrängt. Sie wurde zurückgedrängt durch den Massenstreik der Arbeiter. Mit Hilfe der Reformisten trat die Bourgeoisie erneut den Vorkampf an. Sie schlug die Arbeitermassen zurück. Es folgte eine Zeit der größten Depression. Der folgende Kampfweille und die günstige Situation am 31. März (Ablauf für 4 1/2 Millionen Arbeiter bei noch guter Konjunktur) schaffen die Vorbedingungen dafür, daß bei entsprechender Vorbereitung durch den gemeinsamen Kampf der Millionenmassen der Vorkampf der Bourgeoisie aufgegeben, ihre ökonomische Macht erschüttert und sie darüber hinaus geschlagen werden kann.

Darum gilt es jetzt mit aller Kraft die Augen der Arbeitermassen auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Sie müssen erkennen, daß es nicht genügt, den Kampf zur Besserung ihrer Lage allein um ökonomische Forderungen, zerstückelt durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der einzelnen Betriebe und Arbeitergruppen, zu führen, daß die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer nur durch den Massenstreik um politische Ziele geschlagen werden können.

Millionen gemeinsam kämpfender Arbeiter verfügen über die Kraft, gegenüber dem im „Notprogramm“ der Trutzbourgeoisie beherrschten Abbau der Beschäftigten und der weiteren Verminderung der sozialen Ausgaben des Staates, den Abbau der Massenlöhne, insbesondere der ungeheuerlich brüden Hauslöhne, der Hölle, und die Steigerung der sozialen Ausgaben durch den Staat zu erzwingen. Gegenüber der geschlossenen Front der für die kapitalistische Wirtschaft entscheidenden Arbeitergruppen kann die Bürgerblockregierung nicht bestehen. Schon einmal wurde im Jahre 1923 eine Regierung in Deutschland durch die Massenaktion der proletarischen Klasse gestürzt. Auch heute ist die Massenaktion der proletarischen Klasse in den Orten zu fordern, wenn die vorhandenen günstigen Voraussetzungen von den Gewerkschaften rücksichtslos ausgenutzt werden.

Die Leitung der gewerkschaftlichen Organisationen befindet sich aber in der Hand reformistischer Führer, die die Politik des Unternehmertums unterstützen. Schon heute zeigt sich ganz klar ihre Linie. Sie werden, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft zu erhalten, die imperialistische Weltwirtschaft der deutschen Bourgeoisie nicht zu hören, mit allen Mitteln entscheidende Massenaktionen der Arbeiter sabotieren. Sie sind Anhänger der regierungsfähigen Sozialdemokratischen Partei, deren Ziel, trotz aller radikalen Phrasen, die Koalition mit der Partei der Trutzbourgeoisie, der Volkspartei, den Zentrumspartnern und Demokraten ist. Es ist aber unmöglich, Stille des heutigen kapitalistischen Ausbeutestaates und seiner Wirtschaft zu sein und gleichzeitig den notwendigen politischen Massenstreik zur Bekämpfung dieses Staates und der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und zu führen. Es ist notwendig, jetzt die Vorlegungen in der Zeitschrift „Arbeit“ des ADGB, Heft 1, Jahrgang 24, zurückzukommen. Es heißt dort auf Seite 21:

Als Folge fanden mitunter Organisationsstellungen statt, nicht nur zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, sondern auch zu politischen Zwecken oder wenigstens mit politischem Zielgedanken. Das muß fortan unterbleiben. Die Revolution hat den Arbeitern die tatsächliche Anerkennung ihrer Partei (der Sozialdemokratie) gebracht, ihre Partei führt als solche nicht bloß in monarchistischen Staaten, England und Dänemark, zur Zeit die Regierung, sondern ist auch in Deutschland am Ruder gewesen. Naturgemäß strebt sie an wieder ans Ruder zu gelangen. Das kann sie aber nur erreichen, wenn die Gewerkschaften in Zukunft auf revolutionäre Methoden verzichten und ihr Wirken auf das wirtschaftliche Gebiet be-

schranken. Nur unter diesen Bedingungen werden die bürgerlichen Klassen ihnen das Vertrauen schenken, ohne daß die Arbeiterregierung nie wird regieren können. Auf wirtschaftlichem Gebiet aber haben sie große Aufgaben, und zwar solche, die nur sie erfüllen können. Sie müssen die Konsequenzen davon, daß sie Organe einer regierungsfähigen Partei geworden sind, voll anerkennen.

Es wäre eine unverzeihliche Dummheit, zu hoffen, daß Führer mit einer solchen Einstellung die Absicht haben könnten, die für die Arbeitermassen so außerordentlich günstige Konjunktursituation zum 31. März auszunutzen. Wohl führen sie nie und da ökonomische Streiks. Sie tun das teils unter dem Druck der Arbeitermassen, teils unter dem Zwang der Unternehmer, teils aus eigenem wahlplattarischen Interesse. Sie tun es, wenn Arbeitergruppen in Frage kommen, deren Kampf den Bestand der kapitalistischen Herrschaft nicht gefährdet. Sie müssen es tun, weil sonst ihr Einfluß auf die Arbeitermassen sehr bald getrübt wäre.

Defensivpolitik sind sie unverzeihliche Feinde des revolutionären politischen Massenkampfes, der die Klassengegensätze vertieft und den Schwandel von der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum, der Rolle des bürgerlich-kapitalistischen Staates als ein angeblich über den Klassen liegendes ausgleichendes Gebilde und der Weltkapitaldemokratie zerstückelt und das Zusammenarbeiten zwischen den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern mit den kapitalistischen Herrschern der Produktionsmittel erschwert.

Die verächtlichen Angriffe der reformistischen Führer auf die Opposition, die in letzter Zeit immer zahlreicher vornehmenden Ausschüsse von Kommunisten aus den Verbänden, die Helmpartei gegen die kommunistische Presse gehören zu den Maßnahmen der Unterjochung des Unternehmertums und der Behinderung der Massenkämpfe.

Das muß die Arbeiterklasse erkennen. Die günstige Konjunktursituation am 31. März kann nicht unter der Führung der reformistischen Führer, sondern nur, wenn die Massen die Sabotage dieser Führer drohen, ausgenutzt werden. Diese Lage häuft auf die Opposition eine große Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es, mit doppelter Kraft und Energie in den nächsten Monaten die

Arbeitermassen aufzurufen, ihnen den ganzen Ernst und die ungeheure Bedeutung der Situation klarzumachen, in ihnen das Bewußtsein zu erwecken, daß jetzt eine günstige Möglichkeit gegeben ist, Abrechnung mit den Kapitalgebern zu halten, die die Ausbeutung der Arbeiter durch die Nationalisierung verweigern, daß jetzt der Entscheidungskampf gegen den Bürgerblock geführt werden muß.

Dazu ist die einheitliche Front der Arbeitermassen aufzurufen. In allen Betrieben und Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Arbeiterkreise in innerparteilicher Diskussion vor die Frage zu stellen, ob sie bereit sind, gemeinsam mit der Opposition überall die Rückbildung der Tarife zum 31. März durchzusetzen, wo es noch nicht geschehen ist, kontere, der Situation entsprechende Forderungen aufzustellen, endlich die Frage der Kampfbündnisse aufzustellen, die Behandlung der Lohn- und Arbeitsverträge aus der Enge der einzelnen Gewerkschaften herauszubringen, die zwischen den einzelnen Gewerkschaften ausgehandelten Wägen niederzubrechen. Das kann geschehen, indem überall örtlich und beständig die Organisationsarbeit des ADGB getrieben wird, zur Lage Stellung zu nehmen und die Frage des gemeinsamen Kampfes zum 31. März aufzurollen. Ob sie ferner bereit sind, mit der Opposition die kämpferische Propaganda gegen die AdB, gegen die Maßnahmenminister, für die Herabsetzung der Lohnsteuer, für die Verwirklichung der Zwangsbeschäftigung der Löhne, gegen die Einbehaltung der sozialen Beiträge und des Arbeitslohnes, gegen das kapitalistische Schlichtungswesen, gegen die Zwangsbeschäftigung und den Streikverbot durch die Arbeitsgerichte, gegen die kapitalistischen Gewerkschaften, für den Sturz der Bürgerblockregierung zu entfalten.

Zur Propaganda der politischen und ökonomischen Forderungen müssen in jedem Betriebe Parteiverbatterungen stattfinden. In den von den Organisationsstellen des ADGB einig bestimmten allgemeinen Betriebsräte- und Gewerkschaftsfunktionärversammlungen ist die Lage zu beraten und die praktische Vorbereitung des Kampfes durchzuführen. Eine Massenaktion, an der Millionen Arbeiter beteiligt sind, bringt sehr schnell die Streikmassen der Verbände. Darum gilt es schon in der Vorbereitungszeit die Genossenschaftlichen, die Vertreter der Arbeiter in den Kommunen und in allen sonstigen in Frage kommenden Institutionen an ihre Pflicht zu erinnern, um Maßnahmen zur Unterjochung der Kampfbündnisse zu treffen.

Die gesamte Arbeit muß verbunden sein mit einer ständigen Werbetätigkeit für die Gewerkschaftsverbände.

Die größte Konzentration auf die Vorbereitung und Durchführung der Massenkämpfe am 31. März ist das Gebot der Stunde.

10 Jahre GPD-Arbeiterberrat

Die Abwürfung des Munitionsarbeiterstreiks 1918 durch Ebert und Koniorien

Am vergangenen Dienstag dem 31. Januar, jährte sich das 10. Mal der Tag des schmachvollen Verrats in der deutschen Arbeiterbewegung. In den letzten Januar Tagen des Jahres 1918 hatte der erste große Massenstreik der deutschen Munitionsarbeiter begonnen. Nach dreieinhalb Jahren des imperialistischen Krieges mit all seiner wahnwüßigen Vernichtung und keinem millionenfachen Werd an der Front, keinen Kohlenkrise und der Felle des militärischen Belagerungsstandes in der Heimat — nach den dreieinhalb Jahren, in denen die deutsche Arbeiterklasse für den wilhelminischen Imperialismus blutete und hungerte, erhob sich die erste gewaltige Welle des proletarischen Widerstandes gegen den Krieg. Es begann der erste Aufruf zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg in Deutschland und zur internationalen Unterjochung der russischen proletarischen Revolution.

Und in jener Situation, die den kaiserlichen Generalen zum erstenmal die drohende proletarische Front gegen den eigenen Imperialismus zeigte, keilten sich die sozialdemokratischen Führer des 4. August 1918 an die Spitze dieses Streiks, um ihn im Interesse der Fortsetzung des imperialistischen Krieges abzuwürfen. Ueber diese unanschauliche geschichtliche Schmach der deutschen Sozialdemokratie liegen etliche Aussagen der sozialdemokratischen Führer im Magdeburger Ebert-Projekt vor. Da erklärte Philipp Scheidemann als Zeuge:

„So haben mehrere Sitzungen der Streikleitung stattgefunden, an denen auch Ebert, Bauer, Dittmann und ich teilnahmen. In diesen Sitzungen zeigte sich erst, wie dringend und notwendig unser Eintritt in die Streikleitung im Interesse des Vaterlandes gewesen war. Durch das förmliche Vergehen der Regierung waren die Arbeiter aufs höchste gereizt. Sie wollten es mit den schärfsten Maßnahmen und Sabotageakten beantworten. Wenn wir nicht in das Streikmittels hineingegangen wären, dann würde wahrscheinlich das Gericht heute nicht tagen können (!), und dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen. (!) Die Arbeiter hätten sich nicht, ohne sich zu wehren, niederschlagen lassen. Andererseits bestand die Gefahr des totalen Zusammenbruchs und des Eintritts russischer Truppen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelter Bahnen geleitet. Man sollte uns eigentlich dankbar sein, halt uns zu beschimpfen. Wir haben bei unserem Eintritt in die Streikleitung gehandelt aus reiner Liebe zum Vaterland und zu unserem Volk.“

So haben die sozialdemokratischen Führer die kaiserliche Armee für die Frühjahrsoffensive Ludendorffs mit ihrem ungeheuerlichen sinnlosen Massenblutachten gestärkt. So haben sie — nach dem Zeugnis Scheidemanns — der Bourgeoisie geholfen, neun Monate länger den imperialistischen Krieg fortzuführen.

Der Nebenkläger Ebert legte als notwendiger Zeuge das dieser Vollst. entsprechende kriegspatriotische Bekenntnis ab:

„Ich war nie der Ansicht, daß Streiks den Krieg verkürzen können. Ich habe nie einem Menschen gesagt, er solle dem Gesellschaftsbefehl nicht folgen, geschweige denn öffentlich dazu auffordern. Denn ich hätte mich mit einer solchen Anheuerung in Widerspruch gesetzt zu meiner Stellung im Kriege vor und nach dem Streik.“ (!)

Und bei seiner protokolllarischen Vernehmung erklärte Ebert:

„Von Beginn des Krieges bis zum Ende habe ich mich auf den Boden der Landopfertätigkeit gestellt. Ich habe mich auch gegen die Streiks der Munitionsarbeiter ausgesprochen. Am 28. Januar wurde die Sozialdemokratische Partei gebeten, den Streik zu leiten, um das Schlimmste zu verhüten. Ledebour hat erklärt, daß der

Streik verloren sei, wenn die Sozialdemokratische Partei die Führung übernehme... Ich habe damals in einer Versammlung der Streikenden auch betont, daß der Streik unglücklich sei, da die englischen Munitionsarbeiter sogar auf Feiertage verzichteten. In Köln hat der Rettungskommandant des Reicherters der Sozialdemokratie seinen Dank für ihre Stellung ausgesprochen, da so eine Schädigung des Reiches dem Ausland gegenüber vermieden wurde.“

Um diese, ihre wahre Rolle der vollen Unterjochung der imperialistischen Schlichterei vor den Arbeitern zu verdeutlichen, protokollierten die sozialdemokratischen Führer im Reichstag manchmal vom Schein gegen besonders traurige Taten des Militarismus. In Wirklichkeit denunzierten die sozialpatriotischen Führer die proletarischen Kämpfer gegen den Krieg aus dem Spartakusbund und der KPD an die Generalkommandos. So berichtete Freiberger vom St. 10, ehemaliger kaiserlicher Kriegsmilitär, als verdächtig Zeuge im Wapdeburger Prozeß:

„Da kam ein Sozialdemokrat zu mir und hat, es möchte diese Versammlung (eine Metallarbeiterversammlung in Berlin) verboten werden, weil in ihr der mehrheitssozialistische Flügel von den Kapitalisten angegriffen (!) werden sollte. Die Versammlung ist verboten worden. Darauf hat Scheidemann im Reichstag wegen dieses Verbotes einen heftigen Angriff auf die Regierung gerichtet.“

Daß sozialdemokratische Führer selbst vor der infamen Denunziation von Rosa Luxemburg, die ein Jahr später von den weißen Freikorps Kosow gemordet wurde, nicht zurücktraten, bezeugte unter anderem Eib der General von Wriesberg:

„Es war z. B. einmal von einer Dame die Rede — war das nicht Rosa Luxemburg? Ich wurde von der Sozialdemokratischen Partei ermahnt, etwas gegen die betreffende Dame zu tun. Als ich fragen ließ, ob ihre Verhaftung notwendig sei, wurde mir dies von dem Vertreter der SPD bejaht. Da die Dame schon Verhaftetes auf dem Kerkerhof hatte, wurde sie verhaftet.“ (Wit erbitte erhobener Stimme läßt Wriesberg fort): „Um so größer war unser Entsetzen, als wir hinterher wegen dieser Verhaftung, ich glaube von Herrn Ebert, im Reichstag angegriffen wurden, weil diese Verhaftung terroristisch gewesen sei.“

Am 31. Januar 1918 wurde der Berliner Generalstreik militärisch unterdrückt, der verdächtige Kriegszustand am 1. Februar verhängt. Die Ebert und Scheidemann hatten ihr Werk, den Streik „abzuwehren“, vollendet — und die wilhelminischen Kriegsverbrechen traten nach Massenverhaftungen in Funktion. Zahlreiche Streikführer wanderten in die Justizhäuser, ungeschützte Arbeiter wurden auf die Schlichtbank des Krieges hinausgeschleppt, wo dank der kriegspatriotischen Hilfe der SPD-Führer — im Rahmen der „völkerverbindenden Sozialdemokratie“ — neue Hunderttausende in der Hölle der Schlingengräben, des Trümmelfeuers und des verärrt einziehenden Gastampfes aufgrunde gingen.

Die Fortführung des Januarstreiks 1918 hätte sich zum revolutionären Kampf steigern und — nach Philipp Scheidemanns Worten — zur Herbeiführung „russischer Zustände“ führen können. Bei der Wahl zwischen der proletarischen Revolution und der Fortsetzung des imperialistischen Krieges entschieden sich die sozialdemokratischen Kriegskreditwilliger für die Verteidigung des Imperialismus gegen die Arbeiterklasse. Diese gleichen Führer verurteilten vor der Novemberrevolution 1918 bis zum letzten Augenblick die Monarchie zu retten, und stellten sich, als sie nicht mehr zu retten war, an die Spitze der Revolution, um sie — getreu ihrer historischen Rolle im Januarstreik — „abzuwehren“ zur Koste-Konterrevolution, zur Aufriehung der kapitalistischen Republik. Getreu dieser Rolle wirkten die SPD-Führer für den imperialistischen Wiederaufbau der deutschen Bourgeoisie, über die Leichen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und von Tausenden namenloser Kämpfer, über die Dames-Front und die rationalistische Ausbeutung der deutschen Bevölkerung.

Der Verrat des 31. Januar 1918 war kein zufäll. Vom 4. August 1914 bis zum heutigen Tag, wo als Ergebnis sozialdemokratischer Koalitionspolitik die Bürgerblockregierung herrscht, reicht die Kette des kapitalistischen Verrats der deutschen Sozialdemokratie, ihrer Hilfsleute für den eigenen Imperialismus, die Streikabwürger und Organisationsleiter der weißen Freikorps von gestern, die einstigen Ehrenhelfer im kaiserlichen Kriegshauptquartier — sie sind die Hauptstiele in der imperialistischen Kriegshege gegen die Sozialdemokratie von heute und werden die Streikmassen Kriegspatrioten von morgen sein! Der 31. Januar 1918, der Tag solennehweren Verrats, sei in keiner letzten Wiederkehr eine Mahnung an die pelame deutsche Arbeiterklasse, die der Ebert-Scheidemann-Politik der SPD den schärfsten Kampf entgegen.

WILKUNDGEBUNG

Freitag den 3. Februar 1933 Uhr im Gaihof in Reich.
 Sonnabend den 4. Februar 1933 Uhr im Gaihof Kaih.

Ein Reinfall der Klassenjustiz

Von den reaktionären Behörden der demokratischen deutschen Republik ist unter williger Aufsicht der Klassenjustiz erneut versucht worden, der revolutionären Aufklärungs- und Propagandatätigkeit einen Stützpunkt zu drehen. Die Herrschaften wissen ganz genau, daß sie am meisten durch die revolutionären Organisationen des Proletariats, die KPD und den KJVB in ihrer Existenz bedroht sind, so daß sie mit allen möglichen Schikanen versuchen, die bestehenden Gesetze gegen diese Organisationen anzuwenden und auszulagern. So hatte das Mitglied des KJVB, Erich Martin, der am Sonntag dem 25. September 1927 in Dobritz von Haus zu Haus die Zeitschrift Die rote Front vertrieben hatte, und auch eine ganze Menge dieser Zeitschriftennummern für 10 Pfennig das Stück abgeholt hatte, einen Strafbefehl zugestellt erhalten, wonach er sich angeblich eines Vergehens gegen die Gewerbeordnung habe schuldig kommen lassen, was mit einer Geldstrafe von 5 RM oder 1 Tag Haft geahndet werden sollte. Der Einspruch des Angeklagten hatte im Hauptverhandlungstermin vom 31. Januar 1928 vollen Erfolg. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kossel, hat in Dresden wieder überzeugend nachgewiesen, daß das Vergehen gegen den KJVB in dieser Weise jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt, daß das Verbrechen keiner Erlaubnis unterliegt und daß insbesondere von einer Gewerbetätigkeit bei Martin keine Rede sein könne, da er den vollen Erlös für die Zeitschriften an die Organisationen abliefern, mithin aus proletarischem Idealismus gehandelt habe.

Man merke deutlich, wie unangenehm dies den Vertretern der Klassenjustiz, insbesondere auch dem Herrn Staatsanwalt war, der offenbar in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen in seinem Völkchen Betrug bestraft hat. Selbst wenn vor nicht allzu langer Zeit das Oberlandesgericht Dresden in klarer Weise zum Ausdruck gebracht hat, wie durch die Arbeiterpresse zur Genüge verbreitet worden ist, daß in ganz ähnlich gelagerten Fällen eine Beurteilung nicht eintreten kann, versucht man es immer wieder, neue Verfahren anhängig zu machen und die betreffenden Arbeiter und damit die Organisationen durch die damit verbundenen Kosten, wie Arbeitszeitverlust, Verteidigerhonorare zu schikanieren und zu schädigen. Hier muß einmal energisch ein Riegel vorgeschoben werden. Der Justizminister muß unseren Genossen im Landtag Aufschluß darüber geben, ob er ein weiteres solches ungesetzliches Vorgehen der ihm unterstellten Staatsanwaltschaften billigt. Diese unnötigen, zeitraubenden Verfahren müssen in Zukunft grundsätzlich verhindert werden. Nur die Arbeiterklasse beweist aber auch dieser Fall erneut, daß die Klassenjustiz ihre eigenen „demokratischen“ Wege geht, daß sich niemand durch einen Strafbefehl von vornherein ins Bohorn jagen lassen darf, daß aber andererseits trotz erzielter Freisprüche der Kampf gegen die Klassenjustiz als solcher unaufhörlich fortgeführt werden muß.

Ein „feiner“ Herr

Wer durch die Straßen unserer schönen Stadt pilgert, wird manchmal schon den so schön schwarz-weiß-rot angemalten und hinten mit dem Hirschen Kreuz geschmückten Kohlenwagen der Firma Oskar heute bewundert haben. Ob es aus Erinnerung an den glorreichen Krieg und den damit verbundenen Kriegsgewinn geschähen ist, oder aus einem anderen Grunde? Von diesem Wagen wollte ich ja auch nicht erzählen. Aber von seinem Besitzer, dem Kohlenhändler Oskar Henke, Dresden, Schürerstraße 30. Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, vom Arbeitsnachweis als Tuschhilfe hineingeschickt zu werden. Ich hatte kaum mein Taschentuch ausgepackt, das im Verdacht aufgehoben wurde, als ich schon einen Gesichtsausdruck der hohen Bildung des Herrn Kohlenhändlers bekam. Ein dort beschäftigter Bulldoggenführer hatte eine Kette nicht richtig festgemacht, und nun ging es los. „Sie sind wohl verrückt, ganz weisungsgelöst? Daß Sie denn sind, habe ich gemerkt, aber für so dämlich hätte ich Sie doch nicht gehalten.“ Und dieses ließ sich belagert ohne Widerrede geschehen. Sind diese Arbeiter durch diese Umgangsformen des Herrn Kohlenhändlers schon so demoralisiert, daß sie sich solches ohne eine gehörige Zurückweisung gefallen lassen? Eine vor mir bewiesene Ausschließung wurde ohne weiteres entlassen, weil er auf den Abort gehen wollte, welcher aber dort nicht vorhanden ist. Wachen zum Feiern kann man sich nicht, da keine Gelegenheit dazu ist. Hier wäre eine Sache, für die sich die Gewerbeinspektion einmal interessieren dürfte. Den Arbeitern, die dort beschäftigt sind, sei gesagt: Bekann auch auf euer proletarisches Bewußtsein! Kampf mit uns für ein besseres Volk! Reicht auch ein in die Reihen der Klassenbewußten Arbeiter!

Die Stadtverordneten

beraten in ihrer heutigen Sitzung u. a. folgende Anträge: Wahrung der Rechte der Kinder der Arbeiter, Einführung des Abstrichverfahrens in den Krankenhäusern. Genosse Reuhof hat außerdem noch folgenden Antrag gestellt:

Kollektionen wollen beschließen, den Rat zu ersuchen: a) im Stadtteil Dobritz die bei schlechtem Wetter fast nicht mehr passierbaren Straßen und Fußwege, insbesondere die Vassalstraße und den Platz Altdobritz, möglichst bald in Ordnung zu bringen; b) die Birnauer Landstraße am Gaißhof Dobritz und hinter der Endstation der Linie 13 wegen der vielen Unfälle zu verbreitern; c) neben dem Straßenbahntrasse der Linie 13, zwischen der Bebel- und der Birnauer Landstraße, die Straße Moränenstraße durchzubauen, mindestens aber einen Fußweg anzulegen; d) an der Endstation der Linie 13 eine Wartehalle zu errichten.

Frügelpädagoger Sidmann

Zu unserem in der gestrigen Nummer veröffentlichten Beitrag über das Treiben des von christlicher Moral tiefenden Herrers Sidmann wird uns ergänzend mitgeteilt, daß dem in die Erde gesprungenen Mädchen — das kein Dienstmädchen ist — die Briefe, die ihr den Tod ihrer Mutter ankündigten, erst ausgehändigt wurden, als die Mutter bereits beerdigt war! Die von geradezu beispiellos heftigster Wut zeugende Handlungsweise ist für diese Sorte Christen charakteristisch. Ein weiteres Kommentar hierzu können wir uns ersparen.

Zu den Diebstählen im Körnermuseum

Von der Verwahrung der städtischen Sammlungen wird uns geschrieben: Die Aufdeckung der gestrigen in der Presse erörterten Diebstähle des früheren Hilfsaufsehers Osh im Körnermuseum beschäftigt die Direktion im Zusammenwirken mit der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft schon seit längerer Zeit. Von einer Veröffentlichung war bisher abgesehen worden, um den Osh und etwaigen Helfershelfern ungehindert dem Verbleib verschiedener Stücke nachforschen zu können, für deren Weiterveräußerung hier und auswärts sich Anhalt bei der sofort nach Aufdeckung der Diebstähle vorgenommenen Hausdurchsuchung er-

geben hatte. Dadurch und durch Beschlagnahme und sofortige Einziehung des noch in der Wohnung Oshs vorfindlichen größten Teils der Diebstahlsgegenstände ist die Nachforschung fast aller ermittelten Sammelstücke gesichert. Die Diebstähle konnten dadurch einen solchen Umfang annehmen, daß Osh während seiner jährigen Dienstreise sich meist solche Kupfermünzen und Silber aus den umliegenden, noch unbesetzten Beständen des Museums angeeignet hat, die nach einer wissenschaftlichen Inventarisierung bedürfen. Gerade mit den Vorarbeiten hierzu war er betraut, so daß er längere Zeit unbenutzt große Mengen von Sammelstücken beiseite schaffen konnte.

Zu einer Schlägerei zwischen Zigeunern und Pöhlern kam es in der Mittwochnacht auf dem Fischhofplatz, dabei wurde ein Pöhlerei verhaftet, der in der Wohnung Oshs vorfindlichen größten Teils der Diebstahlsgegenstände ist die Nachforschung fast aller ermittelten Sammelstücke gesichert. Die Diebstähle konnten dadurch einen solchen Umfang annehmen, daß Osh während seiner jährigen Dienstreise sich meist solche Kupfermünzen und Silber aus den umliegenden, noch unbesetzten Beständen des Museums angeeignet hat, die nach einer wissenschaftlichen Inventarisierung bedürfen. Gerade mit den Vorarbeiten hierzu war er betraut, so daß er längere Zeit unbenutzt große Mengen von Sammelstücken beiseite schaffen konnte.

Handtaschenräuber. Am 31. Januar gegen 19 Uhr wurde im Grundstadt Nürnberg Straße 12 einer älteren Dame von einem Unbekannten, der ihr in der Hausflur entgegengetreten war, und um eine Auskunft gebeten hatte, die Handtasche entzogen. Hierbei ist die Dame die Treppe hinuntergestürzt und verletzt worden. In der Tasche befanden sich 1 goldene Damenuhr und verschiedene kleine Gegenstände. Der Täter wird beschuldigt: 20 bis 25 Jahre alt, schlanke Gestalt. Er war bekleidet mit grauem Sportanzug, aus dessen Brusttasche eine Uhr-ette hing.

Diebstahl. Am 27. Januar gegen 16 Uhr wurde auf der Rütchstraße aus einem aufschlüsselnden Personenauto, nach Einschlagen der Wagenhebel, ein wertvoller Koffer mit blauem Überzug und schwarzem Schloßgehäuse gestohlen.

Zwei betrügerische Händler, die minderwertige Stoffe und Textilwaren an den Mann zu bringen bemüht sind, bedrohen sich eines bösen Schicksals. Mit Baizen und Jammern, sogar durch Hebeln und Verleumdungen, wie „Kuchen“ wegzunehmen und ihnen der „fälligen Beihilfe“ wegen ganz minderwertige Ware zu „spottbilligen Preisen“ anzubieten.

Zigeuner festgenommen. Wer sind die Eigentümer der Gegenstände? Von der Kriminalpolizei in Dresden wurde kürzlich der angeblich 21 Jahre alte Zigeuner August Dausinger festgenommen. In seinem Besitze befanden sich: 1 rotlich-gelbe alte Geige von hohem Werte, 4 altmoderne Schallplatten, darunter eine in Gitarrenform und 1 Violoncello von dunkelbrauner Farbe, auffällig hellem Deckelrande, jenseitig als „Gitarre“ beschriftet und mit Ebenholzarbeiten versehen. In seiner Zeit in verschiedenen Gegenden unbetannt Zigeuner als Geigen-erschwindler aufgetreten sind, wird angenommen, daß der angegebliche Z. einer der Täter ist und er die Instrumente durch strafbare Handlungen erlangt hat.

Eigentümer gesucht. In Verwahrung des Polizeipräsidiums befindet sich ein schwarzer Herrenüberzieher und ein grauer weicher Herrenfischhut. Die Sachen sind von einem Unbekannten im Restaurant Röber, Großenhainer Straße 219, veräußert worden. Der Eigentümer wird ersucht, sich werktags von 8 bis 11 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 714, zu melden.

Stendler-Ostella. Eine schmutzige Lat. Ein alter Rommiger Landwirt, der schwer akhmalte, ist wurde mit

seiner Frau von zwei Männern angetroffen und ein Tisch umgeworfen. Dann aber fiel der eine der beiden über die Frau her und vergewaltigte sie vor den Augen ihres Mannes. Die Täter sind entkommen.

Beethovens Neunte Sinfonie

Am Dienstag ihre Wiederholung durch das Philharmonische Orchester und den Chor der Volks-Singakademie. Als Solisten waren Maria Seinemayer, Helene Jung, Max Hirschel und Robert Kura von der Staatsoper gewonnen worden. Dr. Frieder Weismann leitete als Dirigent eine gewaltige Aufgabe mit vieler gutgelungenen Aufführung der Neunten, wie sie der Volksmund gemeinhin nennt. Ihre Geschichte sagt, sie sei schon bei ihrer 1824 fertiggestellten Dresdener Uraufführung einem gutgezogenen Publikum als „Monumental-Aufführung“ bekannt, zu gleicher Zeit aber auch — nie recht verstanden worden. Richard Wagner schrieb eine Erläuterung und „entdeckte“ die damals in Art und Form getane unverständliche Schöpfung eines Genies. Es ist schwer zu entscheiden, ob und wie sich Publikum und musikalisches Verständnis in der Zwischenzeit gehoben haben. Trotz dieser Wiederholung schwer zu entscheiden.

Diese neunte Sinfonie ist Zukunftsmusik. Die ersten Sätze voll Schmerz und Verzweiflung, innerlich erschütternd und aufwühlend, lassen uns die ganze Zerrissenheit unserer Zeit fühlen, während der dritte Satz, dessen außerordentlich schöne Gesangsweise, die Sehnsucht des Menschen nach Einheit auf eine höhere Stufe, nach einer „besseren Welt“ ausdrückt. Nach dieser mühsamlich wundervoll gezeichneten Sehnsucht folgt das Bewußtsein, daß in den ersten Sätzen in drei Hauptmotiven festgehaltenen Empfindungen. Eine Gegenwartsüberwindung, gelöst wird von einer zukunftsweisenden mächtigen Tonbildung, die sich umschließt, Millionen — voller Kraftbewußtsein der Zeit.

Dirigenter, Chor, Solisten und Dirigent gaben ihr Bestes, um den Anwehenden dieses Werk nahezubringen. Aber Zukunfts- musik bleibt es doch, weil die Menschheit im 20. Jahrhundert „den Kampf, den schweren Kampf um Land der Freude“ erst aufgenommen hat. Das Proletariat wird, wenn es diesen Kampf siegreich beendet hat, eine Welt voller Frieden und Freude aufbauen und diese „Neunte“, die es sich jetzt vom „Topp“ um anhören muß, aus Zukunftsgeist zu lebendiger Gegenwart umwandeln. Wilm.

Janas Wilhelm, Direktor der Zentrallichtspiele. Der auch in Dresden seit vielen Jahren im Filmtheaterwesen bestellte Theaterdirektor Janas Wilhelm hat seinen Wirkungskreis von Berlin nach Dresden verlegt. Wilhelm, der 1913 die Ufa Lichtspiele in der Wallenhausstraße, sowie im Jahre 1920 das Capitol in der Prager Straße erwarb und leitete, hat am 1. Februar die Direktion der Zentrallichtspiele, Seestraße, übernommen. Wilhelm ist gleichzeitig zum Protokollisten ernannt worden, welche seit dem 1. Februar 1928 die neue Inhaberin der Zentrallichtspiele ist.

Der Volkshemismus in seiner Stellung zur Religion und Kirche. Von Albert Barthel. Mit einem Vorwort von Peter Malanowski. Element-Verlag, Berlin C 2, Preis 10 Pf. Ein ethischer Vertreter der früheren Gemeindefreiheit proletarischer Arbeiter schildert in kurzen, knappen Umzügen, wie im heutigen Volkstum die Frage des Verhältnisses der Religion zum Staat gelöst wurde. Barthel, der auch schon vor dem Kriege Kaplan in Berlin war, erwirbt sich ein Verdienst durch die Niederschrift seiner Beobachtungen, die durchaus objektiv gehalten sind.

Proletarischer Glaube

Am Dresdener Anzeiger vom 21. Januar 1928 wendet Edmund Leopold, Dresden, dem Buch Paul Fiedorowits „Proletarischer Glaube“ eine längere Besprechung. Der Vorwurf des Buches und damit auch der Leipziger Kritik ist: „Die religiöse Gedankenwelt der organisierten deutschen Arbeiterklasse, nach sozialistischen und kommunistischen Gesichtspunkten dargestellt.“ Diese Kritik ist in ihrer Gesamtheit eine Anerkennung der Wichtigkeit der marxistischen Erklärung von Kirche und Religion, das Mittel zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Wenn der Verfasser und auch der Kritiker des Buches von der dem Proletariat von der Geschichte vorgezeichneten Rolle des proletarischen Kampfes gegen die Kirche auch nichts sagt (ganz logischerweise, wenn man die Stellung dieser beiden Männer im bürgerlichen Leben berücksichtigt), so sind doch manche ihrer Gedanken wert, der organisierten Arbeiterklasse nahegehalten zu werden, als Zeichen, in welchem Maße die Arbeiterbewegung und die Entwicklung ihrer Gedankenwelt vom Bürgertum befreit werden.

Das alte marxistische Wort von der Religion, die Opium für das Volk ist, erfährt ja in diesem Aufsatze — wenn auch von dem Verfasser ungewollt — seine Bestätigung. Einige wesentliche Stellen, die die Einstellung dieser bürgerlichen „Theologen“ kennzeichnen, führe ich im folgenden an. Das ist z. B. folgender einleitender Satz:

„Der Sozialismus hat als großes Ziel die Umwälzung dieser Erde, ihre Ausgestaltung zum Menschenparadies — das Christentum weilt auf die Erfüllung im jenseitigen Leben ...“

Das überleitete Kirchtum wird vom Proletariat allgemein und unabweislich abgelehnt, auch von denen, die der Kirche noch angehören. Alle Verläufe der Kirche, mit der Arbeiterklasse zusammenhängen, müssen scheitern ... alle offiziellen Verläufe der Kirche, die Arbeiter von dem Zentrum ihres Glaubens zu überzeugen, werden vergeblich sein.

Für uns als Kommunisten steht fest, daß wir gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen Kirche und Religion energisch bis zum letzten bekämpfen müssen — wollen wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden. Religion und Sozialismus verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Dieses Wort eines alten Wortkämpfers der Arbeiterbewegung in bedeutungsvoller und — wahr! Die Rolle der Religion und damit der Kirche als wichtiges Mittel zur geistigen Anbetung der proletarischen Klasse durch die Bourgeoisie ist vom fortgeschrittenen Teil der Arbeiterklasse klar erkannt. Kampf gegen die Bourgeoisie heißt für die Arbeiterklasse deshalb Kampf gegen die Kirche, gegen die Religion und gegen diejenigen, die den Sozialismus zu einer im „Jenseitsgedanken“ begründeten Lehre machen wollen. Der „Gedanke“ des „christlichen Sozialismus“ ist wie der „Gedanke“ des „sozialistischen Christentums“ ein der proletarischen Auffassung vom Charakter dieser beiden, sich wie Feuer und Wasser zueinander verhaltenden Lehren, widersprechender — Unsinn. Und doch gibt es solche „religiöse“ oder „christliche“ Sozialisten offiziell — andererseits ist es nicht verwunderlich, daß ein großer Teil der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter, die noch Mitglieder der Kirche sind, erklärt, „die Religion sei Privatangelegenheit“. Auf diese löcherigen Sozialisten baut Paul Fiedorowits und sagt, der Ausweg aus dem Kampf zwischen Religion und Sozialismus „der aufs Ganze geht“ ist folgendes:

„Möglich wäre nur, daß die Kirche den christlichen Sozialisten freie proletarische Gemeinden innerhalb des kirchlichen Verbandes an den Brennpunkten industriellen Lebens zugefände, denn es gibt christliche Sozialisten, die das Band zwischen sich und der Kirche nicht zerreißen wollen!“

Dazu sagt Edmund Leopold, der Kritiker, folgendes: „Man kann manchem, vielen in dem, was der Verfasser sagt, zustimmen. Man muß keine Begeisterung, seinen Idealismus bewundern. Wichtig ist, daß der Kampf zwischen Christentum und Sozialismus aufs Ganze geht. Wichtig ist, daß die Frage der Volkstirke, heute so oft beprochen, ungeheuer ernst geworden ist: über eine Million Kirchenangehörige in wenigen Jahren reden eine ergreifende Sprache. Schwere Fehler, manche Sünden früherer Jahrzehnte täten sich. Ein warmes soziales Empfinden der Kirchenmänner den Asten der Weiser und Weiser gegenüber würde solchem erstickenden Religionshahn nicht Veden bereiten haben.“

Aber ob die Kirche sich umwandeln kann wie die christlichen Sozialisten hoffen, ist zu bezweifeln. Ich glaube es

nicht. Denn die Vereinigung von Christentum und Sozialismus halte ich für ausgeschlossen. So ergreifende Worte der Verfasser, selber Doktor der Theologie, auch findet, der Sozialismus ist nie und nimmer eine Religion. Es bleibt die tiefe, tiefe Kluft zwischen einem Diesseits und einem Jenseits. Ein Glaube, der nicht in das Jenseits hinaübergreift, ist keine Religion, so werte Streben auch ein sozial denkender Christ und ein christlicher Sozialist nebeneinander gehen können.“

Sehr klar charakterisiert hier ein Bürgerlicher die Rolle der „christlichen Sozialisten“ und ihrer — „Aussichten“ auf Erfolg. Scherzhaft sagt er noch in ganz vornehmer Weise und in sehr knapper Art, daß in der deutschen Sozialdemokratie, die mit ihrem idealistischen Gedankenwerk der „Ideen“ vom „religiösen Sozialismus“ ihren Keim duldet, die Klassenbewußten Arbeiter immer klarer gegen diesen antimarxistischen Kurs ankämpfen und wie anberaumt keine Legitimation, d. h. die der Sozialdemokratie, immer schmächer werden.

Religiöser Glaube ist Macht — für die Kirche, und damit für die bürgerliche Klasse.
Proletarisches Bewußtsein ist Macht — für den Arbeiter und seine Klasse.

Die sozialistische Lehre als Religion betrachten heißt — sie nicht verstehen können oder — wollen. Die sozialistische Lehre als Mittel zum Erkennen der Widersprüche im jetzigen gesellschaftlichen Sein zu benutzen und aus den gewonnenen Erkenntnissen zu folgern, daß die bürgerliche Gesellschaft umgewandelt werden muß, seine Aufgabe darin zu erblicken, aktiv an dieser Umänderung teilzunehmen, die nur durch den revolutionären Klassenkampf erfolgreich gelingen kann — das zeichnet den wahren, auf materialistischer Grundlage stehenden Proletariat aus. Sein Widerpart ist auch der in den Wolkenhimmel der idealistischen Auffassung von Welt und Menschen starrende „religiöse“ Sozialist.

Es kommt für die Arbeiterklasse nicht darauf an, heuchlerische Einrichtungen der Bourgeoisie zu renovieren und sich über den „Ideengehalt“ dieses Opiums zu unterhalten. Viel wichtiger, dringender und erster steht die Frage vor dem Klassenbewußten Proletariat, wie es den Beschlichen „sozialistischen“ Führer und Theoretiker beugegen will, die es innerlich weniger fähigste fertiggebracht haben, aus der Klassenkampftheorie des Marxismus großen Teilen der Arbeiterklasse einen „religiösen Sozialismus“ zu machen oder die Religion als „Privatangelegenheit“ betrachten zu lassen. Wir werden aber auch mit denen gründlich aufklären, die aus dem revolutionären Klassenkampfgedanken einen klassenfeindlichen, wirtschafts-demokratischen und damit antiproletarischen Gedanken der proletarischen Klasse als Rettungsmittel anpreisen und „begründen“. Unser Kampf ist schwer, aber die Waffe der Arbeiter wird ihn verstehen, ihn unterstützen und erkennen, daß er ihr Kampf und ihre reinigste Angelegenheit ist.

Wir unterstützen die Antwort jenes Arbeiters, der da schrieb: „Wir wollen nicht beten, wir wollen handeln und uns selbst erlösen!“

Briefkasten

Antwort an den Genossen I. K. Deine Mitteilungen aus der GPK-Versammlung sind sehr interessant. Du solltest aber als christlicher Revolutionär den Mut haben, deinen Namen zu nennen. Andernfalls müssen wir deinen Bericht dem Papierkorb zuführen. Wer hat die denn den Vätern aufgebunden, daß in Dresden „40 der besten Funktionäre der Partei“ ausgeschlossen wurden? Wir vermögen nicht zu glauben, daß diese Ausschließung von der GPK-Leitung ausgetreut und in der Versammlung verbreitet wurde. Falls derartige Gerüchte doch durch die GPK-Versammlung am 28. Januar 1928 geschürt sein sollten, sei zur Steiner der Wahrheit mitgeteilt, daß in Dresden (Dresden) zwei Mitglieder der GPK aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil sie in der futur-politischen Arbeit fortwährender Verhöhnung gegen die Politik der Kommintern und der KPD schuldigen kommen ließen. — Nur wenn du uns Name und Adresse nennst, werden wir deinem Bericht vollen Glauben schenken können und auf die anderen von dir angeführten Fragen schriftlich antworten.

Bezugsleitung der KPD Oshagens, Sekretariat.



Aus Dilsachsen



Die „soziale“ Sozialdemokratie in Bachwitz

Wir halten es für notwendig, der Öffentlichkeit folgendes zu unterbreiten: In der Sitzung des Wohlfruchtvereins vom 30. Januar 1928 zeigte der Gemeindevorstand Müller (SPD) die ganze Arbeiterfeindschaft der SPD-Führer. Die SPD hatte zu Punkt 7. Konfirmandenbeihilfe, beantragt: „Der Wohlfruchtverein sollte beauftragt werden die Konfirmandenbeihilfe von 70 RM. bewilligen.“

Dieser Antrag löste beim Gemeindevorstand Müller einen kompletten Kommunifanten aus. Gemeindevorstand Müller erklärte: „Dieser Antrag ist nur als Agitationsantrag gestellt; die Leute, die alle Mittel den Gemeinden verweigern, können in ihren Anträgen nicht hoch genug gehen, um nach außen genügend Agitationsstoff zu haben. Die Sozialpolitik läuft nicht darauf hinaus, jeden von ihnen bis unten einzuklinken. Es ist heute so weit, daß die Erwerbslosen für den gewohnten Lohn nicht arbeiten, sondern lieber Unterernährung beziehen.“

Wenn die Unterstützung bei einigen höher ist, wie der gebotene Lohn, so ist dies recht bezeichnend für das gegenwärtige Lohnniveau. Zu unseren Genossen sagte Herr Müller im Laufe der Diskussion: „Sie sind mit ja geistig nicht ebenbürtig.“ Anscheinend erlangt Herr Müller gemeinsam mit den Bürgerlichen am Biertisch und zu Konfirmanden die „geistige Überlegenheit“. Wie stellen wir uns vor aller Dummheit der Arbeiterfeindschaft des Herrn Müller, die er durch obige Äußerungen beweisen hat, ist. Herr Müller stellt sich in eine Front mit den Wohlfruchtvereinsmitgliedern, die durch den Reichsverband der Deutschen Industrie, durch den berüchtigten Preisbauaufseher Dr. Luther usw. stürmisch den Abbau der Soziallasten fordern. — Man muß sich schon fragen, hat denn der Herr Müller mit seiner früheren Beibehaltung als Lehrer überhaupt eine Ahnung, wie es einem Arbeiter zumute ist, wenn er, nachdem er lange erwerbslos war oder für einen Hundelohn gearbeitet hat, ein Kind aus der Schule schickt? Bemerkt denn Herr Müller in seiner Eigenschaft als Lehrer nicht tagtäglich das Elend der Arbeiterkinder?

Wir haben bei Stellung unseres Antrages genau gesehen, daß man für die geordneten 70 RM. gerade die notwendigen Vorkaufsgüter in der Verteilungsstelle Bachwitz zu den ermäßigten Preisen erhalten kann. Von hochgeschraubten Agitationsforderungen kann deshalb keine Rede sein, wir brauchen mit solchen Mitteln nicht agieren, neben, in der SPD-Gruppe Bachwitz Initiert es jenseits schon sehr verdächtig. Unsere Stellung zum Haushaltsplan werden wir in einer Einwohnerversammlung darlegen. Für heute sei nur gesagt: Die Gemeinde ist das untere, aber sehr wichtige Glied des bürgerlichen Klassenstaates, der sich nach der „Revolution“ von 1918 unter dem Schutze der sozialdemokratischen Führer herrlich entwickelt hat und heute immer unverhüllter Angriffe über Angriffe gegen die Arbeiterkassen richtet. Wir bewilligen dem bürgerlichen Machtapparat keinen Pfennig. Die berechtigten Forderungen der Arbeiterkassen aber werden wir noch wie vor unerschrocken vertreten.

Die komm. Gemeindevorstand in Bachwitz.

SPD-Gedächtnisfeier im Arbeitsgebiet Coswig

Im Gedächtnis unserer großen Toten Lenin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg sowie der Tausende namenloser Kämpfer für die proletarische Revolution veranstaltete das Arbeitsgebiet der SPD in Coswig eine Gedächtnisfeier. Die KAP-Kapelle Leubuschaufzug strahlte mit dem Lied: „Des Volkes Blut verbrannt in Sadowa“, die Antrache hielt an Stelle des erkrankten Genossen Willhelm Schneider Genosse Spalteholz. In kurzen, laute Worten zeigte er die Bedeutung der Toten für die revolutionäre Arbeiterschaft auf, legte dann die Verantwortung der SPD an der Wiederherstellung der proletarischen Revolution dar, um darauf unter Hinweis auf das Erstarren der Reaktion in großen Massen ein Bild von der „freien Republik der Welt“ zu entwerfen. Den zersplitterten Massen und Kämpfern wurde die Sympathie ausgesprochen, dann besonders machte er auf das Kampfsjahr 1928 aufmerksam. „Seiner Beizahl wurde dem Redner gezollt. Da die „tolerante“ Arbeiterbewegung auf das Programm gezielten Film: „Sein Mahnruf“ (Schlagabgabe hatte, wurde der Film: „Die Todesstarke“ gezeigt, ein Gemälde aus der Zeit der Brangelauer. In hohen Akten wurde die heldenhafte Figur des Schiffbauingenieurs Redaktors gezeigt, der am Schluss der Handlung, um einen im revolutionären Lager befindlichen Sohn zu retten, das Schiff in die Luft sprengt, und sich schwimmend ans Ufer in die Reihen der revolutionären Matrosen rettet. Dieser Film hinterließ höchst einen tiefen Eindruck. Der Apparat war von der Schule zu Rodau gefahren und wurde in mühevoller Weise von Herrn Lehrer Kührer bedient. Gemeinsamer Gelang der Internationale mit Musik beschloß den Abend. Damit die SPD-Arbeiter möglichst abgeholt werden sollten, einmal etwas vom Klassenkampf zu hören und zu sehen, hatte die Leitung der SPD im Bezirk Pillnitz ihre Mitglieder zu einem „Freien Abend“ eingeladen, wobei man sicher bei viel Bier und Tabak über das Ziel: Die Eröberung der Macht mit „geilten“ Massen vollständig einig geworden ist. Romische Käse, viele Arbeiterbesitzer“. Nur ruhig so weiter, es ist der beste Wandlungsunterricht für die Arbeiter.

Impofante SPD-Kundgebung in Niederfedlitz

Zu einem vollen Erfolg für die kommunistische Bewegung schickte sich die SPD-Kundgebung am 27. Januar. Im vollbesetzten Saal des Niederfedlitzer Gasthofes konzertierte die Feukener Kapelle des RAB. Die Reitationen, die Kompositione „Liebknechts Tod“, dargeboten von Mitgliedern des RAB, fanden harken Beifall. Die Arbeiterabteilung des Niederfedlitzer Arbeitervereins stellte vier Bühnengruppen, dem Abend angepaßt, in glänzender Manier, wobei besonders der „Sowjetieren“ lebhaftesten Beifall hervorrief. In lebendigen Worten wies Genosse Schumann, Dresden, an Stelle des verhinderten Gen. Hädel, auf die Bedeutung der Gedächtnisfeier hin. Die Lager-Niederfedlitzer Arbeiterlager verhalten sich in Vertiefung der Kundgebung. Ihre Tugendjahre, ihre russischen Lieder waren Leistungen, die stürmisch Wiederholungen forderten. Mit dem mächtig durch den Saal brandenden Gelang der Internationale schloß diese eindrucksvolle Kundgebung. Auf feierlichem Boden, im feindbürgerlichen, reaktionären Niederfedlitz, war es eine aufstrebende Kundgebung, welche die Kraft unserer jungen Partei aufs neue stärkte.

Zschopau. Wieder ein Unfall auf der Dresden-Zschopauer Straße ereignete sich am Montag vormittag in der 12. Stunde. Das 3-jährige Kind des Metallbrüders A. D. lief während des Spiels mit Kameraden plötzlich vom Hof auf die Straße und direkt in das Verlenormaus eines Geschäftsmannes aus Glasfronte. Obwohl die Räder nicht über den Körper des Kindes liefen, erlitt er doch zum Teil sehr bedeutende Verletzungen am Hinterkopf und am linken Bein. Dr. Groh, Niederfedlitz, ordnete die unmittelbare Überführung des verletzten

Kindes in das Johannstädter Krankenhaus an. — An die Eltern ergab die Mahnung: „Achtet auf eure Kinder! Schützt sie vor den Gefahren der Automobilen besetzten Landstraße! Die öffentlichen Körperkassen, wie Gemeinde, Amt, und Kreisbauverwaltung, sowie der Staat mögen aber dafür sorgen, daß das Tempo der Fahrzeuge und Autos nicht innerhalb unserer Gemeinde so herabgelassen und dann auch eingehalten wird, daß jedes Fahrzeug ohne weiteres auf kürzeste Entfernung zum Stillstand gebracht werden kann. Dann aber sei auch bei diesem Unfallfall auf den sehr rasch von Tag zu Tag steigenden Autoverkehr gerade auf der Dresden-Zschopauer Landstraße hingewiesen. Eine Menge Gefahrenquellen liegen darin, daß in unserem zu belebten Orte mit seinen 6000 Einwohnern und entsprechend der geographischen Lage für den Parkgangverkehr fast allenthalben vernünftige Fußwege und Fahrradbahnen fehlen. Auch die letzteren müssen geschützt werden! Hier ist es Pflicht des Staates, genügend Geld zu beschaffen, Fußwege, Fußwege und Fahrradbahnen zu bauen, damit das Jahr 1928 kein Rekordjahr der Unfälle für die Einwohnerschaft wird.“

Gittersee. Die Ortsgruppe Gittersee im Reichsbund deutscher Arbeiter hält am kommenden Freitag dem 3. Februar, 19.30 Uhr, im Gasthof Gittersee ihre Jahresversammlung ab. Außer Neuwahlen und Berichten stehen u. a. wichtige Sagen an der Tagesordnung, die daher das Erscheinen aller Mitglieder erfordert.

Christlich?

Dippoldisdorfer. Eine Witwe aus Seifersdorf bei Dippoldisdorfer, die mit ihrer Tochter in die Tuberkuloseberatungslinien ins Diakoniat bestellt war zur Unterbringung der Tochter, wurde durch die christliche Bezirkswohlfahrtspflegerin, Fräulein Günther, so aufgeregt, daß sie mit ihrer Tochter weinte. Die Tochter war 1½ Jahre bei ihrem Onkel in Erholung, hatte gut zugenommen. Jetzt, wo sie wieder bei der Mutter ist, hat sie abgenommen, was durch den Arzt festgestellt wurde, doch Fräulein Günther machte der Witwe Vorwürfe, daß sie zu Hause nichts zu Essen bekommt. Selbstverständlich bei 46 Mark Rente den Monat kann man mit zwei Kindern natürlich nicht so leben, wie eine christliche Bezirkswohlfahrtspflegerin, die den Monat 200 Mark hat. Die Witwe ist jetzt drei Jahre mit einem Herrn von Dresden verheiratet, will natürlich in nächster Zeit heiraten und nach dort ziehen, wo selbiger wohnt, da seine Mutter zwei Zimmer abtritt. Da die Wohnung nun auf der Neuen Gasse, in der Nähe der Zentralherberge ist, soll Fräulein G. im Beisein des Arztes geäußert haben: die will mit den auf den Jentner ziehen. Auch soll Fräulein G. der Witwe angedroht haben, daß sie ihre Tochter, die zu Eltern aus der Schule kommt, nicht mit nehmen darf, sie soll, weil sie schwachlich ist, eine Stelle als Kindermädchen annehmen. Ich glaube, darüber hat die Mutter zu bestimmen, nicht Fräulein G., die überhaupt nicht weiß, was es heißt, ein Kind groß zu ziehen. Gleichseitig hat Fräulein Günther geäußert, der Witwe die Rente zu entziehen. Auch ist es wahr, daß man der Witwe schon einmal neun Monate die Rente entzogen hat, wo sie bloß acht Mark den Monat zu verdienen hatte. So sieht also die soziale Fürsorge aus.

Vod Schöndau u. Umg. Der Jugendweiheunterricht hat nun begonnen. Auf Wunsch der Unterrichtsteilnehmer findet jeden Sonntag ab 14 Uhr in der Carolabrücke, Wendischfähre, Unterricht statt. Anmeldungen werden noch entgegengenommen. Eltern sind herzlich eingeladen.

Die SPD schanzt den Bürgerlichen Positionen zu

Coswig. Am 26. Januar wurde die erste öffentliche Sitzung der Gemeindevorstandes abgehalten, in der vom Bürgermeister Schmidt ein Verwaltungsbild für 1927 erstattet wurde. Als zweiter Punkt war die Neuwahl des Gemeindevorstandes vorzutragen. Der SPD-Fraktionsführer Schelle erklärte zu diesem Punkt Bericht. Hierbei zeigte sich offen, daß die Coswiger SPD ein ausgesprochenes Anhänger der bürgerlichen Parteien ist. Schelle schlug im Namen der SPD den bisherigen Vorsitzenden, den Bürgermeister Schmidt, erneut zum 1. Vorsitzenden vor. Bemerkenswert für die Arbeiteröffentlichkeit ist die Begründung. Schelle sagte nämlich, daß der bürgerliche Bürgermeister, Herr Schmidt, im zurückliegenden Jahre die Geschäfte „unparteiisch“ geleitet habe. Damit bekannte der Sozialdemokrat Schelle, daß es zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Gemeindevorstand keine Unterschiede gibt. Freilich wäre es ein Verstoß, würden Arbeiter annehmen, daß sich etwa die Bürgerlichen nach „links“ entwickelt hätten. Das ist keineswegs der Fall. Wie überall im Reich, so haben auch die Coswiger Sozialdemokraten eine sichtbare Schwärzung nach rechts in das bürgerliche Lager vollzogen. Der durch die Tätigkeit von August Rebel und Wilhelm Liebknecht ehemals langvolle Name Sozialdemokrat ist durch die Haltung der bürgerlichen Sozialdemokraten seit 1918 auf das höchste in Mißkredit gebracht worden. Das Verhalten der Sozialdemokraten im Coswiger Gemeindevorstand sollte auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnen, daß heute nur noch die Kommunisten die besten Traditionen der alten Sozialdemokratie hochhalten.

Im Coswiger Gemeindevorstand besteht eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit; die Kommunisten haben zwei, die Sozialdemokraten sechs Gemeindevorstand, denen sieben Bürgerliche gegenüberstehen. Diese kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit mußte unbedingt im Interesse der Arbeiter bei der Vorzeiwahl ausgemerzt werden. Deshalb schloß unser Genosse Träger der SPD-Gemeindevorstandes Gruner als Vorsitzenden vor. Etwas Unerwartetes trat ein. Gruner bezeichnete seinen Vorschlag als „föhnen Gedanken“. Doch mußte er „leider“ ablehnen, weil er als Arbeiter nicht imstande sei, dieses Amt zu bekleiden. Damit gibt Gruner zu, daß er und seine Partei die Arbeiter von bürgerlichen Parlamentariern beherrscht wissen wollen. Das ist in der Tat ein Standpunkt, der sogar noch weiter rechts liegt, als die Haltung der ASP. Schelle sprach auch im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Vorschlag Gruner, weil die SPD in Coswig sich so gering einschätze, daß sie in derartigen Funktionen nur als Schachmann fungieren könne. Eine derart wahre Selbstkritik ist von der Coswiger SPD noch niemals geübt worden. Die Arbeiter aber werden sich das für die Zukunft sehr genau merken müssen.

Durch den Mund des Genossen Köhler erklärte die Kommunisten, an dem Vorschlag festzuhalten, weil die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Gemeindevorstand unbedingt ausgeübt werden müsse. Bei der Wahl aber zeigte sich, daß die sechs Sozialdemokraten mit den sieben Bürgerlichen einmütig für den bürgerlichen Bürgermeister Schmidt als Vorzeiwahl stimmten, obwohl feststeht, und er im zurückliegenden Jahre selbst eingestand, daß er selbstverständlich bei all seinen Handlungen sich von keiner bürgerlichen Einstellung leiten lasse. Wie die Sozialdemokraten in Coswig, die sich ganz in der Hölle der Bürgerlichen befinden, von ihren Parteifreunden von rechts beurteilt werden, zeigte sich bei der Wahl des 1. Vorsitzenden. Die Bürgerlichen schloßen für diesen Posten den bürgerlichen Romen vor, obwohl ihnen durch das Klassenverhältnis Verhalten der Sozialdemokraten der Vorzeiwahl bereits zugesagt war. Erst nachdem von unserem Genossen Köhler das Nichtbewußtsein der Bürgerlichen im Gegensatz zur Schlappheit der Sozialdemo-

Rehr Klassenbewußtsein

Kadeberg. Wenn wir als Kommunisten verlangen, daß die Arbeitervereine dem Klassenkampf dienen, so wissen wir auch, daß zwischen Arbeitervereinen und bürgerlichen Vereinen ein scharfer Trennungstrieb gezogen werden muß. Wie weit es führt, wenn Arbeitervereine das nicht erkennen, zeigt folgender Vorfall, der sich vor kurzer Zeit in Bachau ereignete. Dort hat der Gasthofbesitzer Reichelt. Seit über 30 Jahren gehörte er dem Deutschen Turnverein an. Dies hinderte ihn aber durch er dem Deutschen Turnverein in Bachau zugehörig anzugehören. Auch hier war er 30 Jahre Mitglied. Ihm wurde in der Kadeberger Zeitung ein Aufruf geschrieben, der unterzeichnet ist vom Turnverein D. T. Bachau, Turnverein Vorwärts Bachau, Männergesangsverein Bachau. Interessant wäre es zu erfahren, ob und wie weit die Mitglieder des Turnvereins Vorwärts mit der Kompromisspolitik ihres Vorstandes einverstanden sind. Ganz ausgeschlossen müßte es sein, daß Leute, auch wenn sie Gastwirte sind, die im Deutschen Turnverein sind, in den Turnverein Vorwärts aufgenommen werden. In welcher Front der Deutsche Turnverein, der angeblich politisch neutral ist, steht, zeigt deutlich ein Aufruf der Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Verbände zur Reichsgründungsfeier, der im „Kadeberger Intelligenzblatt“ erschien. Neben anderen „neutralen“ Vereinen hatte sich auch der Deutsche Turnverein Kadeberg und der Turnverein „Jahn“ Kadeberg unterzeichnet. Arbeiterportier, lernt aus diesem und haltet auch ihr das rote Banner des Klassenkampfes hoch.

Freiberg. „Kommunistische Kadebepolitik“, schreibt der Ableger vom Wettinerplatz. Es lohnt sich, auf diese Ausführungen einzugehen. Wenn schon die Sozialdemokraten durch die Kommunisten einen Ratsch eroberten, so zeigten doch die 7 Sitzungen des ganzen Jahres, daß die Herren Sozialdemokraten große Phrasenhelben sind, die zwar Versprechungen machen können, aber darüber hinaus den Mut zum Handeln nicht aufbringen. So war unsere Genossen versprochen worden, unsere Anträge derart zu unterstützen, daß dieselben im Plenum verhandelt werden könnten. Die Sozialdemokraten haben ihre Versprechungen nicht gehalten, indem sie mehrere Anträge nicht unterstützen und weil die Kommunisten diese Handlungsweise nicht widerspruchslos hinnahmen, nennen dies die Herren von Käfers Gnade „kommunistische Kadebepolitik“. — Die letzte Stadtvorstandssitzung begann mit dem Antrag des Stadtvorstandes Gottwald um Entbindung von seinem Amte. Es wurde beschlossen, vorerst ein ärztliches Zeugnis einzuholen. Im Rechtsrat kam gegen Stadtvorstandes wurde gegen unsere Genossen beschlossen, Revision einzulegen. Ueber die Ausschusswahlen berichten wir gesondert.

Bayern. Der Unterbezirk Bayern der Verbände für Arbeiterentertum und Kameradschaft, E. B. Berlin, hielt am Sonntag dem 22. Januar in Christau eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema: „Vom Weltgeistlichen zum Arbeiter“ von Genossen Papert, Böhmen. Obgleich die Redatoren von Reichwitz und Königsmartha von der Kanzel herunter ihre Kirchenhatsachen angewiesen hatten, diese Versammlung nicht zu besuchen, so waren in Königsmartha doch eine Reihe von 180 Personen erschienen und in Christau eine solche von 250 Personen anwesend. Genosse Papert ging von der Frage aus, die ihm ein Beamter bei seiner Verhaftung in Bayern stellte: „Warum sind Sie denn eigentlich Priester geworden, wenn Sie jetzt auf die Kirche schimpfen?“ Er schilderte seine Kinderzeit und seinen Werdegang zum Priester bis zum Freitritt. Zum Schluss forderte er alle auf, die nicht an die Kirche glauben, aus dieser auszutreten, denn man befreit sich nicht nur selbst von der Verdammungsarbeit der Kirche, sondern auch sein Kind, denn wenn es sich um die Kirche handelt, so handelt es sich zugleich auch um die Schule und die Kindererziehung.

Ausflüge!

Winterportheime des Touristenvereins Die Naturfreunde

Name	Kapazitäten	Sportgebiet	Anmeldung bei
Bierleinshaus Sommer und Winter bewirtschaftet	Schöna	Sächs. Schweiz	Kaden, Dresden, Amalienstr. 20
Reitenbergshaus S. u. W. bewirtschaftet	Obernreuth	Reitenberggebiet (Saxony)	Dippold, Schöna, Naturfreunde, Oberreuth
Dörfnerhaus S. u. W. bewirtschaftet	Bußschmühle (Rippdorf)	Ostergewirge	A. Voigt, Schemberg, Altes Rathaus 71 d
Rainigshaus das ganze Jahr bewirtschaftet	Rainigstein	Mittlere Sächs. Schweiz	Kriedemann, Pirna-Cospitz, Schulstraße 11
Oberwiesenthal das ganze Jahr bewirtschaftet	Johanngeorgenst. Eisenst. Carlst. b.	Oberes Erzgeb. Auersberg	R. Seidel, Pillnitz i. Sa., Heinrich-Dietel-Str. 126 m
Dierröhne S. u. W. bewirtschaftet	Darthenstein Niedererschlema	Ost. Erzgeb.	H. Schulze, Zwissau i. Sa., S.-O.-Str. 7
Schellerhaus S. u. W. bewirtschaftet	Rippdorf	Ostergewirge	Ullmann, Dainberg, Dresden-Ehr. 3
Reinholdshaus S. u. W. bewirtschaftet	Reinholdshaus	Ostergewirge	H. Seidel, Pillnitz i. Sa., Heinrich-Dietel-Str. 126 m
Postel i. Vogt. S. u. W. bewirtschaftet, ganzjährig Betrieb	Flauen i. S.-Bist.	Ostliches Vogtland	R. Günther, Pillnitz i. Sa., Wühlstraße 13

Die aufgeführten Häuser stehen bei vorheriger Anmeldung (Kaufpreis belegen) den Mitgliedern des Vereins sowie allen Gästen zur Verfügung.

Uebernachtungspreise:

	Preis im Zimmer	Preis im Schlafsaal
Mitglieder, volljährig	60 Pf.	40 Pf.
Mitglieder, jugendlich	60	30
Mitglieder, Familienangehörige	90	60
Angehörige freier Arbeiterorganisationen	100	70
do. Jugendliche	80	50
Gäste	130	90
Schulschüler (geschlossene)	—	20
DZG-Mitglieder über 20 Jahre	—	60
DZG-Mitglieder, Jugendliche	—	50

Schau-burg

Freitag bis Montag — Nur vier Tage

Gräfin Esterházy
Harry Liedtke

! Die Spielerin !

Ein Filmroman aus dem Spielerparadies Monte Carlo

In diesem Film ist auch die kleinste Rolle mit nur ersten Kräfte besetzt. Das einzigartige Milieu, Monte Carlo, zeigt das bunteste Leben am Spieltisch, wo Finanzaristokraten neben Hochstaplern, Industriekönigen und Lebedamen zu den Glückseligen gehören

Wochent. 18.15 u. 20.30 Uhr, Sonnt. 16. 18.15 u. 20.30 Uhr

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, Kulturfilm: Die Parle des Ostens (Kostümfilm). Ein Philippinen-Film von Dr. Neb. Weber
14 Uhr Kledervorstellung:
Das verrückte Sanatorium (Lustspiel)

Arbeiter-Turn- und Sportverein Weimhölz u. Umg.

großer Fastnachtsrummel

mit urkomischen Überraschungen

Einlaß 18 Uhr Anfang 19.30 Uhr
Der Festausschuß

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden

Filmvortrag am 3. Februar 1928
ausverkauft!

Besucher ohne Karten können leider keinen Einlaß erhalten.
Die Ortsverwaltung.

Rädelsburg-Lichtspiele

Dresden-N., Großenbäcker Str. 148
Central 31771 / Straßenbahn-Linien 9 u. 12

Ab heute Donnerstag bis mit Sonntag
der schönste Film im neuen Jahre

Das K.u.K. Ballettmädel

Die Geschichte eines Arztes und
Ballettkönigs
In den Hauptrollen:
Olga Gralla — Wladimir Piltzschau
Albert Paulig

sonstige nur 14 Uhr Gr. Kledervorstellung
über Dr. Martinowitsch „In Traus stark“

Ab Montag bis mit Mittwoch

Die Ausgestoßenen

(Helmkehr des Herzens)
Ein Film von ungeheurer Weite, gespielt
von einem unvergleichlichen Künstlerensemble
Maly Delachant — Mary Johnson
Fritz Kormar — Rudolf Lettinger
Hans Sillwe

Vorführungen: Werkstage 18. 20. 22.
Sonntags 16. 18. 20. 22.

Küchen

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer

Reformbetten — Polstermöbel
Einzelmöbel

denkbar günstigste Einkaufsquelle
infolge geringer Preise

Sehenswerte Ausstellung / Riesenausw.

Zahlungs-Erleichterungen

Möbelhaus

Körner

Oppelstraße 26 Gegr. 1886

Wartburg

Reifen

Neu und alter Straßens
halten an Winterreifen
empfehlen / Angenehme
Decken immer noch frei
Herzog Freudenmann
und Frau

Gasthaus

Altzschella
Meißen

kann sich nur für
bravere empfehlen
Augen-Gesundheitskammer
Max Lotz und Frau

Alle Farben

und Lacke

1. Farblos, Töne, Farben
in allen gewöhnlichen
Lösungen, streichfertig u. sehr
preiswert, wie auch Wand-
farben, Schablonen, Pinsel
usw. im

Drogen- u. Farbenhaus
Paul Sachse Pirna
Georgstr. 4. Pilsener Anzeig

Alle
Lebensmittel
äußerst billig!

Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pillnitzer Str. 11

Alle
Lebensmittel
• billig •
Wilh. Baege
Pirna
Marktgasse
6% Rabatt

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei

AKP-Fraktion der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sonn-
abend, den 4. Februar, 19.30 Uhr im Brandenburger Hof, Ver-
liner, Ecke Peterstraße: Sitzung. Mitteilungsblätter und als Aus-
weis mitzubringen.

Donnerstag, den 2. Februar
Pirna, 19.30 Uhr Kurus im Volkshaus.

Freitag, den 3. Februar
Sprecher von Groß-Dresden. Alle Genossinnen und Genossen
treffen sich 19.30 Uhr am Pirnaischen Platz. Abfahrt zur
VVK-Stunde nach Heid.

Neustadt-West, Stg. A u. B. 19.30 Uhr in Volters Restaurant;
Mitgliederversammlung.

Feiertag, 20 Uhr im Restaurant Wölfer; Ortsgruppenver-
sammlung.

Sonntag, den 4. Februar
Erweiterte PK 19.30 Uhr im Parteibureau: Sitzung.
(Vorbereitung der Internationalen Frauenwoche.)

Neustadt-Ost, Zelle C. 19.30 Uhr in Wölfers Restaurant, Op-
pellstraße 18: Versammlung.

Neustadt-Ost, Zellen 4, 5 und 6. 19.30 Uhr in Schuberts Restau-
rant: Versammlung.

Leuna, 20 Uhr bei Gähler; wichtige Gruppenhäufigung mit Referat
des Genossen Renner über die Opposition in der AKP. AK,
AKB und die Veler der Arbeiterstimme sind dazu eingeladen.

Kadebut. 19 Uhr im Restaurant „Schwarze Ede“; Kurus.

Kommunistischer Jugendverband

Bezirk Ostschlesien. Achtung! Sofort die Beiträge für Monat
Januar an die Bezirkskasse abrechnen!

Donnerstag, den 2. Februar
H. Lutzer, 19.30 Uhr im Reichhof: Öffentlicher Gruppenabend.
Bericht von der Bezirkskonferenz. Alles muß erscheinen!

Jung-Spartakus-Bund

Ostschlesien. All: Pionierfragebogen sind sofort ausgefüllt zu-
rückzusenden. Bezirks-Kinderbureau.

Roter Frontkämpferbund

Gen Ostschlesien. Abrechnungen für Monat Januar sofort er-
lösen. Groß-Dresden. Die Karten für die Blumenfeste sofort abrechnen.

Donnerstag, den 2. Februar
Abt. 2. Abteilungsversammlung im Volkshaus. Referent Renner.
Stellen 19 Uhr Fischhofplatz. Pflichtdienst.

Abt. 6. 19.30 Uhr in der „Bauhütte“, Gerotstraße: Volkser-
sammlung. Buchkontrolle.

Abt. 12. 20 Uhr in „Stadt Dresden“; Mitgliederversammlung.
Tagungsordnung wichtig. Pflichtdienst.

Freitag, den 3. Februar
K. Litzig, 19.30 Uhr im Reichhof mit Referat des Gen.
Schumann über Einbrüche in England. Pflichtdienst. AKP,
AKB, AKZ willkommen.

Rote Jungfront
Groß-Dresden. Alle Abteilungen müssen sofort Kuriers ins Gau-
bureau senden zum Abholen von Material.

Gauführung
Bildungsobstete. Tätigkeitsberichte sind sofort einzuschicken!
Freitag, den 3. Februar
Abt. 3. 19.30 Uhr Funktionärhäufigung beim technischen Leiter.

Roter Frauen- und Mädchenbund
Donnerstag, den 2. Februar
Groß-Dresden, Abt. Kasse. Von 17 bis 19 Uhr Sprechstunde.
Januarabrechnung, Reichstongröß, Antikriegs- und Extra-
arbeiten zurückgeben!

Freitag, den 3. Februar
Kühnstr. 20 Uhr im „Walden Anfer“ in Kühnstr. 20:
VVK-Feier. Alle Genossinnen und Genossen, sowie Zeitungs-
leiter und Ennpatschler sind hierzu eingeladen.

Rote Hilfe
Freitag, den 3. Februar
2. Verwaltungsbereich, Trautenberg. 19.30 Uhr im Köpender
Hof, Hans-Zachs-Str. Mitgliederversammlung mit Sym-
pathisierenden. Referat über: Terror in China und die
Rote Hilfe.

11. Verwaltungsbereich, Gorb. 19.30 Uhr bei Wobius Mittell-
derversammlung. Thema: Was wir zunächst zu tun haben.

Ämthche Bekanntmachungen

Ottendorf-Ostritz

Der Wajerzins für Monat Januar 1928 ist bis 12. Februar
d. J. an die Wasserwerkstasse — Steuereinnahme — abzuführen.
Nach Fristablauf beginnt das geordnete Vortreibungsver-
fahren. Zur Erleichterung für die Wasserabnehmer und die
Wasserwerkstasse ist die Zahlung des Wajerzins auf einige
Monate zulässig und erwünscht.

Gemeinde Burgwitz

Freitag, den 3. und Sonnabend, den 4. Februar, von 9 bis
11 Uhr, Freibank (Rathaus) wird ein Rind in rohem Zustande
verpundet. 1 Pfund 50 Pfennig.

Wo treffen wir uns heute?

Bei Hermann Trompler
Restaurant Eisenberger Straße 15
(Ecke Halleische Straße)
1a Billard, Piano und Musikwerk
Deutscher „Empor zum Licht“
2 Vereinszimmer noch 2 Tage frei
Inhaber seit 1910 Auf 53867



Um dem Publikum Gelegenheit zu geben, den
Wert einer guten
Reformschuhbekleidung
auszuprobieren, werden wir bis auf weiteres auf
sämtliche Reform-Straßen-, Gesellschafts- und
Wanderschuhe
20% Kassenrabatt
gewähren. Die Auslieferung unserer Reform-
schuhe ist solid und in jeder Beziehung dem
Hau des Fußes entsprechend.
Verkaufsstellen:
Dresden-A., Freiburger Platz 19
Freiberg i. Sa., Weingasse 6

Reformhaus

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb
11. Frühstücksgebäck.
Otto Hering, Dresden-N.
Lößnitzstraße 15 / Fernsprecher 5417

Berufs- Kleidung

Schleieranzüge
Mauereblusen
Mauereblusen
Eisenbahnerjoden
Schleieranzüge
Materiefel
Berufsmäntel
blau, braun und tort.
Arbeitschusen
leder, stoff

Preise außerst billig bei

Ernst Klaar
Lillegasse 52
Ede Julehinnische
(200er Osteltrasse)

Sämtliche altbekannt

Biere

Helert frei Haus und
Kantone

Kurt Noack
Dohnaischer Platz

Schluss- tag

11. Febr.
meines

Inventur- Aus- verkaufs!

Nehmen Sie die
günstige
Einkaufs-
gelegenheit
noch reichlich
war!

AUG FRENZEL
PIRMA
Barbergasse
20

Sonder-Angebot



Holsteiner Blockwurst . . . Pfund 1.60 .^h

Holstein. Zervelatwurst . . . Pfund 1.60 .^h

Kasseler Rippespeer . . . Pfund 1.50 .^h

geräuchert

gibt ab in allen Verteilungsstellen

Konsumverein

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Fabrikarbeiter

Am 27. Januar tagte im großen Saal des Volkshauses die Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht 2. Aussprache 3. Neuwahlen 4. Anträge 5. Verschiedenes

Der 1. Bevollmächtigte, Otto Grafe, erstattete seinen Jahresbericht. Es war die übliche, schon so oft gehörte Bilanz. Insgesamt wurden im vergangenen Geschäftsjahr 37 Verhandlungen geführt. Davon waren 17.000 Arbeiter beteiligt. Die erzielte Lohnerhöhung betrug nach dem Bericht Grafes bei Arbeitern 3,53 und bei Arbeiterinnen 1,92 pro Woche. Grafe mußte in seinem Bericht zugeben, daß diese „Lohnerhöhungen“ durch Verteuerung der Lebenshaltungskosten mehr als weitgehend worden sind. Die Erhöhung der Beiträge für die Krankheits- und Altersversicherung und die gesteigerte Miete haben die geringe Aufbesserung der Löhne längst aufgehoben. Die Frage, wie nun der handigen Verelendung der Arbeiterklasse gehindert werden könne, was getan werden muß, um der Arbeiterklasse eine ausreichende Lebensmöglichkeit zu geben, ließ Grafe einfach unbeantwortet. Dafür erzählte er der Generalversammlung, daß etwa 650 Betriebsversammlungen, Sitzungen und Branchenerkrankungen und vor dem Schlichtungsausschuß etwa 225 Verhandlungen bzw. Termine erledigt wurden. Aus dem Bureau wurden 42.000 Schriftstücke aller Art expediert. Dann kündigte Grafe an, daß es im kommenden Jahre zu schweren Kämpfen kommen werde. Der Erfolg bei den kommenden Kämpfen könne von der organisatorischen Kraft der Gewerkschaften abh.

Kollege Juhn gab darauf seinen Kassenbericht. Die Hauptlaste balanciert im letzten Quartal mit 120.682,25 die Vorkasse mit 99.197,76 Mark. Die Vorkasse vermindert in diesem Jahre einen Zuwachs von etwa 40.000 Mark. Die Mitgliederzahl ist um etwa 200 zurückgegangen. Die Ursachen liegen nach dem Bericht des Kassierers darin, daß Papierfaktoren ausgemerzt wurden. Ob der Rückgang nun beendet ist? Falls die nächste Quartalsrechnung kein anderes Bild zeigt, wird man in der Generalversammlung ernsthaft darüber zu reden haben.

Banno, Mitglied der Ortsverwaltung, erstattete den Revisionsbericht und beantragte Entlohnung des Kassierers. Die Generalversammlung stimmte dem Antrag zu.

Reim Punkt Wahlen gab es eine Ueberraschung. Aus dem Corborandum-Wahl Hand ein Kollege auf und erklärte, in die Ortsverwaltung müsse einmal frisches Blut, das bisherige Mitglied N. habe nicht in der notwendigen Weise die Interessen der Belegschaft wahrgenommen. Auch die Angehörigen könne er nicht freisprechen, wenn jetzt im Corborandum-Wahl unbehaltbare Zustände eingerissen seien. An die Stelle des Kollegen N. schlage er deshalb den Kollegen Klein vor. Die Stimmzettelwahl ergab auch, daß unter Genosse Klein gewählt wurde. Damit erhöht sich die Zahl der oppositionellen Kollegen auf vier.

Unter Anträge hand zunächst ein Antrag der Ortsverwaltung zur Debatte, der die Einführung eines einmaligen Sonderbeitrages von 1 Mark für männliche, 75 Pf. für weibliche und jugendliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder unter 18 Jahren forderte.

Die Gelder sollten zu einer Weihnachtsunterstützung für Invaliden und Arbeitslose Verwendung finden. Grafe sprach lange und eindringlich zur Begründung, fand aber recht wenig Gegenliebe.

Als erster Diskussionsredner nahm Kollege Schneider das Wort, um grundsätzlich die Vorlage zu bekämpfen. Während Grafe für die wöchentliche 2 Pf. Solidaritätsaktion der Arbeiter Kellame machte, fernschickte Kollege Schneider die gefährliche Tendenz des Antrages, der mit dazu beitrage, die Zweckbestimmung der Gewerkschaften zu verfallenen. Kollege Schneider erklärte: Wir sind bereit, dem Vorstand erhöhte Mittel für Kampfzwecke zur Verfügung zu stellen, lehnen es aber ab, die Gewerkschaften noch mehr wie bisher zu Unterstützungsvereinen machen zu lassen. Die Gewerkschaften und der ADGB müßten den Kampf um ausreichende Unterstützung der Sozialrentner führen und dafür sorgen, daß die aus den Mitteln der Arbeiter aufzubringenden Unternehmungen für Arbeitslose in entsprechender Weise erhöht würden. Hier aber habe der ADGB vollkommen versagt. Eine Notwendigkeit für diesen Sonderbeitrag liege insbesondere deswegen nicht vor, weil die Vorkasse genügend Mittel zur Verfügung habe, um solche Sonderunterstützungen zu finanzieren. Die Ausführungen des Kollegen Schneider fanden lebhaften Beifall. Die Kollegen Schädelich und Wahl sprachen ebenfalls für Ablehnung der Vorlage. Der Kollege Junge unterstützte den Antrag und plädierte für Annahme. Dann aber kam der Anwesende M e r z i c h e, der versuchte, die grundsätzliche Stellungnahme mit reformistischer Methode, mit wenn und aber zu erschüttern. Mierziche versuchte der Versammlung sogar zu erzählen, daß die Taktik der Gewerkschaften, Unterstützungsvereine zu schaffen, durch die Geschichte als „richtig“ bestätigt worden sei. Die Unterstützungen seien aus Konkurrenzgründen gegen die Christen notwendig. Mit der grundsätzlichen Einstellung läme man nicht weit. Ebenso wie Mierziche sein reformistisches Reden lang, so pfiff auch Sauter nach der Melodie Grafes, nur

Franz Hodges als Schrittmacher der Reformisten

Die sozialdemokratische Magdeburger Volksstimme wie auch der Abend-Vormärts vom 21. Januar berichten darüber, daß der frühere internationale Bergarbeitersekretär und britische Bergarbeiterführer Franz Hodges glänzend bei den Liberalen gelandet ist. Dessen ersten Hebertritt, nicht nur ins bürgerliche Lager, sondern auch in eine bürgerliche Partei, wird von der sozialdemokratischen Presse mit folgenden Worten erklärt:

Hodges' Rechtsentwicklung hat sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit vollzogen. Kurz nach seinem Rücktritt vom Posten des internationalen Bergarbeitersekretärs übernahm er den Direktorsposten in einer Kohlenditionsationsgesellschaft. Nun kommt von gut unterrichteter Seite die Nachricht, daß Franz Hodges als liberale Unterhausmitglied für einen Wahlkreis in Wales aufgestellt werden soll. Die britische liberale Presse feiert den neuen Liberalen Rekruten als einen Mann, „der in bemerkenswertem Grade die Fähigkeit konstruktiven Denkens und der Vermittlungsbereitschaft mit großem moralischen Autorität verbindet“. Die Unternehmungspreise war Franz Hodges gegenüber immer sehr freileblich mit Vorkäufen. Kein Wunder, wenn er allmählich anfing, merkwürdige Wege zu wandeln.

Abgesehen von der Tatsache, daß Franz Hodges durch den immer größer werdenden Druck der englischen Bergarbeiter, insbesondere aus Anlaß des offensichtlichen Verrates während des Bergarbeiterkampfes in England, zum Rücktritt gezwungen wurde, ist der jetzige Schritt dieses Renegaten und Verräters der Klasseninteressen der Arbeiterklasse für die deutsche Arbeiterklasse keine Ueberraschung. Zugleich vermeidet es die sozialdemokratische Presse, denselben Schritt von D'Erregano und Kankorten als Ueberräufers zum Nationalismus in diesem Zusammenhang auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Auch in Deutschland leben wir dieselben Erscheinungen, wie es beispielsweise auf die „Allsozialisten“ nennenden Verräter an den Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse zutrifft. Alle Versuche der von den Kommunisten geführten Opposition innerhalb der freien Gewerkschaften, dem Ausschuß der noch am führenden Stelle stehenden altsozialistischen Verbandsfunktionäre durchzusetzen, scheiterten an dem Widerstand der Reformisten.

Das er sich sogar zu persönlichen Angriffen verstieg. Die Herrschaften aus der Ortsverwaltung waren übrigens alle recht aufgeregt, am meisten aber Kollege Grafe. Ein noch „rechtzeitig“ eingegangener Schlußantrag verhinderte, daß Kollege Schneider noch einmal zu Worte kam. Die Abstimmung über Schluß der Debatte ergab etwa 123 gegen und 200 für Abbruch. Grafe nahm im Schlußwort nochmals Gelegenheit, um in demagogischer Weise gegen die Argumentation des Kollegen Schneider anzukämpfen. Es nützte ihm alles nichts. — übrigens, Otto Grafe wird wenig überzeugend, auch dann nicht, wenn er weitend sagt. — Die Verammlung ließ Otto Grafes Vorlage trotz der langen Verhandlung in dieser Verammlung, die ohne Zweifel mit einem guten Erfolg für die Opposition geendet hat.

Wirtschaftsanträge der Kommunisten

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag über die zum Wirtschaftsminister vorgelegten Anträge diskutiert und entschieden. Obwohl in der Anleihepolitik Schachs von den verschiedensten Seiten heftig kritisiert wurde, lag nur ein Antrag der Kommunisten gegen die kommunalfeindliche Anleihepolitik vor.

Genosse Koenen hatte folgende Entschließung beantragt:

1. Die Stellungnahme des Reichsbahnpräsidenten wird als eine schwere Gefährdung jeder sozialen Kommunalpolitik, insbesondere des kommunalen Wohnungsbaues mißbilligt;
2. die Reichsregierung wird ersucht, für den Wohnungsbau in eigener Regie für Großstädte, Provinzen oder Kreise die Beschaffung von Anleihen, auch Auslandsanleihen, zu den jeweils günstigsten Bedingungen durch Übernahme der Garantie durch das Reich zu erleichtern.

Der Antrag wurde abgelehnt, da außer den Kommunisten nur die Sozialdemokraten ihm zustimmten.

Da der Wirtschaftsminister Curtius erklärt hatte, daß die Mittel für den Wohnungsbau weiter eingeschränkt werden müßten und gegenüber dem Bauhoffwucher keine Möglichkeit des Einschreitens sehen wollte, beantragte die kommunistische Fraktion in einer Entschließung, die Reichsregierung zu beauftragen: durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen dahin zu wirken,

1. daß die leistungsfähigen Provinzen, Großstädte oder Länder eines Verbilligung ihres Wohnungsbaues die Bauhoffproduktion in eigener Regie übernehmen;
2. daß die übrigen Gemeinden sich mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften zum gemeinsamen Bauhoffbezug zusammenschließen;
3. daß nur den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit einer solchen gemeinsamen Bauhoffversorgung die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel über-

Der Standpunkt der Reformisten unterscheidet sich im Prinzip von dem der offenen Renegaten und Ueberräufers ins bürgerliche Lager durch nichts. Sie alle vertreten und verfolgen mit allen Mitteln den gemeinsamen Standpunkt des verfallenen Wiederaufbaues der kapitalistischen Wirtschaft. Ein Unterschied besteht allerdings darin, daß die offenen Renegaten auch die organisatorischen Konsequenzen zur Durchführung dieser Aufgabe beschritten haben. Während die Reformisten nach wie vor in den Klassenorganisationen der Arbeiterklasse ihr Treiben für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft forcierten können, Unerschützt und offen kann selbst ein Kasse als Ehrenmitglied im Vorkäufersbüro für die sozialdemokratischen Partei bisher den wohlverdienten Ruhmtritt erhebt.

Der Weg von Franz Hodges beweist, wie recht die Kommunisten während des englischen Bergarbeiterkampfes hatten, als sie ihn des Verrates an den Interessen des Bergarbeiterkampfes beschuldigten, während die englischen nicht minder wie die deutschen Reformisten diesen Renegaten genau so freileblich mit Vorkäufen verteidigten, wie die Unternehmungspreise. Die „Freiheit konstruktiven Denkens“ beweist nicht nur ein Franz Hodges, sondern mit den Citrinen und anderen englischen Reformisten genau so die deutschen Reformisten. Durch ihren verächtlichen Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die von den Kommunisten geführte Opposition bis zum Ausschluß aller führenden Verbandsfunktionäre, durch ihre planmäßige antikomunistische Heine im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf und durch Hulemann innerhalb des Bergarbeiterverbandes, wollen sie nichts anderes erreichen, als den Beweis ihrer Bündnisfähigkeit für die geplante Koalition mit den bürgerlichen Parteien, sobald die Regierungsbildung auf ist.

Anschließend an den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen liegt es, den Weg von Franz Hodges als ehemaligen Sekretär der Bergarbeiter-Internationale als wachsende Lehre zu beherzigen und schärfer denn je den Kampf gegen die Reformisten zu führen, die den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft und verfallene Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum predigen.

wiegen werden, und zwar mit der Maßgabe, daß Zuwendungen für den kommunalen Wohnungsbau in eigener Regie zinslos zu rechnen sind.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten nur für die ersten beiden Absätze, die die Bauhoffproduktion betreffen, sie stimmten gegen den dritten Absatz, die Anwendung der öffentlichen Mittel an den gemeinnützigen Wohnungsbau. Eigene Anträge stellten sie aber auch nicht. Die Ablehnung der Anträge auf die Gemeinden und die Vorläge für praktische Hilfsmittel für die Kommunalwirtschaft blieb wieder allein den Kommunisten überlassen.

Gegenüber den Freistrelberien zahlreicher Elektrizitätswerke für Strom und Kraft, worüber die verschiedensten Parteipolitiker Klage führten, hatte die kommunistische Fraktion beantragt, die Regierung aufzufordern:

auf die reichsweiten Werke, die Landesregierungen und Gemeinden dahin einzurufen, daß den Kleinrentnerlichen und häuerlichen Familienbetrieben bei der Abnahme von elektrischem Strom und Gas Vorzugsstarife gewährt werden, deren Höhe die Höhe der tatsächlichen Herstellungskosten nicht übersteigen sollen.

Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung, da außer den Sozialdemokraten auch die Kleinrentnerlichen Vertreter der Mittelparteien, die so lebhaft gegen die hohen Elektrizitätspreise ge-redet hatten, nunmehr gegen den formulierten Antrag stimmten. Der Antrag des hantischen Bauernbundes, der eine Verordnung zur Festlegung hoher Elektrizitätspreise gefordert hat, befeitigen wollte, fand nur die Unterstützung der Kommunisten und wurde somit auch abgelehnt.

Auf Grund heftiger Beschwerden der Kleinrentner und Heimarbeiter sowie der Häuser und Siebler hatte Genosse Koenen beantragt, daß die Regierung einen Gehörtenwurf vorlegen solle, der die Vereinfachung des gesamten Verkehrswesens gegen Unwetter, Blüßgefahr, Unglücksfälle, Seuchen, Diebstahl und dergl. vorzieht, und die Schaffung einer zentralen Selbstverwaltungsbehörde der Verkehrsmittel in die Wege leitet.

Nachdem ein Regierungsvertreter die Beschwerden aus den Kleinrentnerlichen und Heimarbeiterkreisen als nicht bekannt und deshalb unbegründet zurückwies, stimmten alle Parteien einschließlich der SPD gegen den kommunistischen Antrag.

Bemittelt wurden dann aber die angeforderten Millionenbeträge für die Aufrechterhaltung internationaler kapitalistischer Beziehungen, für den Börsenausschuß, für das Reichsministerium für Rationalisierung und ähnliche Einrichtungen zur Förderung großkapitalistischer Ausbeuterinteressen. Hierbei war die SPD stets zur Zustimmung bereit.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Vorkauf“, Dresden.

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(48. Fortsetzung)

Sie begann bitterlich zu weinen. „Du warst nur das Werkzeug in gewissenlosen Händen,“ sagte er sanft.

„Ja, er gebot mir den Mord, ich mußte gehorchen, hatte geschworen, mich keinem Befehl zu widersetzen. Und Muriel Price hätte ja John Rawley.“

Sie schwiegen einen Augenblick, dachte angestrengt nach, suchte anscheinend etwas zu begreifen, fragte dann:

„Und dieser Zustand, diese Persönlichkeitspaltung kann jeden Augenblick eintreten? Ich bin nie sicher? Mein Gott, wenn er mir geböte, dich zu töten, ich würde es tun! Harvey, ich kann so nicht länger leben, gib mir Gift, töte mich, ehe ich ein neues Verbrechen begehe, vielleicht sogar an dir!“

„Sprich nicht ja, Liebste,“ bot er. „Nun, da wir deinen Zustand kennen, wissen wir ja, was wir zu tun haben. Ich werde dich für keinen Augenblick verlassen, mein ganzes Leben deiner Heilung weihen.“

„Harvey, wie kannst du mich lieben, jetzt, da du weißt, daß ich John getötet habe?“

„Ich sagte dir schon, daß dein wahres Ich an diesem Verbrechen unschuldig sei.“

Sie schwiegen beide; die junge Frau hatte den Kopf in die Sofaflissen vergraben und schluchzte. Harvey streichelte sanft und beruhigend ihren blonden Kopf.

Unvermittelt lud sie auf, fragte:

„Aber wie kommt es, daß ich heute plötzlich alles weiß?“

„Ich hypnotisierte dich,“ entgegnete er zögernd.

„Nichtig, ich hat dich darum, jetzt fällt es mir ein. Aber was hat dies damit zu tun?“

„In der Hypnose warst du Muriel Price geistand bei den Mord ein, ich erzähle alles, was geschehen war.“

„Du wußtest also alles, als du mich wußtest?“

„Ja.“

„Und hast mich trotzdem nicht von dir gelassen! Oh, Harvey, wie gut du bist!“

„Ich wußte ja auch, daß nicht du, nicht meine Grace, die Verbrechen begangen habe.“

„Ja, aber wie kommt es, daß ich nun mit einem Male alles weiß?“

„Das ist meine Schuld, Grace,“ erwiderte Harvey traurig.

„Deine Schuld?“

„Ja, ich war bereit aufgeregt, daß ich unterließ, die zu gebieten, du mögest alles in der Hypnose Gelsprochene und Gedörte vergessen. Verzeih mir, Liebste, ich mache mir die bittersten Vorwürfe.“

„Sonst hätte ich jetzt nichts gewußt?“ fragte sie.

„Nein.“

Sie brach von neuem in Tränen aus.

„Ach, wie gut wäre das gewesen; oder hättest du mir denn noch alles gesagt?“

„Niemals.“

„Ich hätte also froh und glücklich sein können, wie zuvor?“

Sie warf sich in seine Arme und weinte fastungslos.

Nachdem es ihm gelungen war, sie etwas zu beruhigen, sprach er:

„Grace, wir wollen nach der heutigen Nacht nie mehr über die Angelegenheit reden; eines aber muß ich dich noch fragen: wo er ist, dessen Namen du nicht nanntest, der dir das Verbrechen belah?“

Die schönen feuchten grauen Augen blühten verwirrt zu ihm auf.

„Ich weiß es nicht, Harvey, weiß es wirklich nicht. Er nannte nie seinen Namen.“

Harvey leuchtete; also blieb dieses letzte Rätsel dennoch ungelöst.

Die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne fielen bereits durchs Fenster, und Harvey und Grace sahen noch immer beisammen im Arbeitszimmer. Er hatte ihr stets von neuem die Persönlichkeitspaltung erklärt, ihr immer wieder versichern müssen, sie, Grace, sei unschuldig, trotzdem Muriel Price das Verbrechen begangen habe. Er mußte ihr versprechen, sie auf keinen Augenblick zu verlassen, sie ununterbrochen zu beobachten,

alle, der medizinischen Wissenschaft bekannten Heilmethoden anzuwenden.

Dann erst beruhigte sie sich ein wenig, ließ sich überreden, zu Bett zu gehen, ein Schlafmittel einzunehmen.

Harvey sah noch lange an ihrem Bett, betrachtete kummervoll das jarte blasse Gesicht. Tiefer Schmerz erfüllte ihn und eine geheime Angst vor der Zukunft. Was wird sie ihnen bringen?

3 manzigtes Kapitel

Das letzte Rätsel

Grace schlich die nächsten zwei Tage wie ein Schatten im Haus umher; sie vermochte sich nicht zu beruhigen, sah stundenlang regungslos im verdunkelten Zimmer, harnte stumm vor sich hin. Harvey wußte nicht von ihrer Seite; er umgab sie mit aller Zärtlichkeit und Schonung, deren keine große Liebe, sein tiefes Mitleid mit diesem unseligen Geschöpf fähig waren. Doch lebten alles vergeblich. Oh, wenn er sich zu ihr niederbeugte, sie liebste schrak sie auf, rief verzweifelt:

„Rühr mich nicht an, Harvey; verzeihst du denn ganz, daß ich eine Mörderin bin, den besten edelsten Menschen der Welt getötet habe?“

Oder sie flehte ihn an:

„Geh fort von mir, meine Nähe muß dir unerträglich sein. Ich weiß, daß du dich zu jeder Verhütung, zu jedem guten Wort zwingen mußt. Laß mich allein, ich will nicht dein ganzes Dasein verderben, auch noch dein Leben auf dem Gewissen haben. Verzeihe, laß mich hier zurück; der Kummer und die Reue werden mich ohnehin bald töten.“

Dann wieder kamen Stunden, da sie sich voll heißer Angst an ihn kammerte, ihn unter strömenden Tränen bat:

„Verlaß mich nicht, Harvey, solange da bei mir bist, fühle ich mich sicher. Bleibe ich aber allein, so bin ich allen Mächten des Entsetzens ausgeliefert; muß immer daran denken: jetzt und jetzt kann sich in mir die furchtbare Wandlung vollziehen, ich bin wieder Muriel Price, siehe zu dem furchtbaren Menschen, der mich zum Werkzeug seiner Verbrechen macht.“

Als Tod Benson aus der Stadt zurückkam, wollte sie ihn nicht sehen.

„Ich kann ihm nicht die Hand reichen,“ jammerte sie. „Wenn er wüßte, daß an dieser Hand John Rawleys Blut klebt, er müßte mich töten.“

(Fortsetzung folgt.)

